

Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 18 – 2. Mai 2009

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Vom Geist der Versöhnung geleitet
Weihbischof Jaschke möchte es allen recht machen **2**

Preußen / Berlin

Ost-Berliner stoppen Pro Reli
Volksbegehren abgelehnt: Der Ethik-Unterricht bleibt dagegen Pflicht **3**

Hintergrund

Gute Hoffnung am Kap
Bei den Wahlen in Südafrika überrascht die deutschstämmige Helen Zille **4**

Deutschland

500 Kinder gerettet
Hohe Ehrung für Hebammen, die für Ungeborene ihre Existenz riskiert haben **5**

Wirtschaft

Die US-Banken prüfen sich selbst
Kritiker: 16 von 19 US-Großbanken sind stehend k.o. **7**

Kultur

Wirken für den geistigen Fortschritt
Vor 150 Jahren starb der Universalgelehrte Alexander von Humboldt **9**

Preußen

Er durfte sogar Schlachten verlieren
Heinrich August de la Motte Fouqué genöß das Wohlwollen Friedrichs II. **11**



Durch die längere Lebenserwartung und den Bevölkerungsrückgang sinken unweigerlich die Renten. Das wirft nicht nur Fragen der Gerechtigkeit zwischen den Generationen auf. Durch eine kurzfristige Rentenpolitik, die grundlegende Beschlüsse immer öfter schnell wieder umstößt, wissen weder Jung noch Alt, woran sie sind.

Foto: pa

KONRAD BADENHEUER:

Eingeständnis

Als Ende der achtziger Jahre die erste große Rentenreform seit 1957 durchgeführt wurde, sprachen Politiker noch gern von einer „Jahrhundertreform“. Das Wort wird heute gemieden, weil es nur ungeliebte Aufmerksamkeit auf das unbequeme Thema der Rentenfinanzen lenken würde, vor allem aber, weil die Änderungen in so schneller Folge über Renten und Beitragszahler hereinbrechen, daß nur noch Experten den Überblick behalten: 1997, 1999, 2001, 2004, 2006 und 2007: Sieben große Rentenreformen in elf Jahren – wie schnell doch die „Jahrhunderte“ vergehen!

Da ist es fast eine Fußnote, daß die Bundesregierung schon Anfang 2008 ihre Reform des Vorjahres in einem zentralen Punkt ungerührt beiseite schob: Der Riester-Faktor sollte für zwei Jahre nicht gelten, weil man nach mehreren Aufschwungjahren und dann im großen Wahljahr 2009 mickrige Rentenerhöhungen vermeiden wollte – egal was das für den Bundeshaushalt langfristig bedeuten würde. Die Warnung der Kritiker, man dürfe Rentenpolitik nicht nach Kassenlage und erst recht nicht nach dem politischen Kalender der Bundestagswahlen machen, wurde in den Wind geschlagen.

Jetzt bekommen die Skeptiker viel stärker recht, als ihnen lieb ist: Der massive Ausbau der Kurzarbeit, die uns als Wundermittel zur Abwehr steigender Arbeitslosigkeit angepöndelt wurde und wird, führt nach geltendem Recht zu einem empfindlichen Rentenrückgang im Jahre 2010 um über zwei Prozent. Ob die Politik wieder eingreift? Es wäre das Eingeständnis, daß in diesem Land langfristig wirkende Reformen nicht mehr durchsetzbar sind.

Renten unter Druck

Nebenwirkung der massenhaften Kurzarbeit – »Achterbahnfahrt« für Rentner

Die fast 20 Millionen deutschen Rentner kommen vom Regen in die Traufe. Gerade erst hatte das Bundeskabinett eine außerplanmäßige Erhöhung ab 1. Juli 2009 beschlossen, da wurde bekannt, daß im kommenden Jahr eine herbe Kürzung um über zwei Prozent zu befürchten ist.

Vorige Woche erst beschloß das Bundeskabinett, die Renten zum 1. Juli stärker anzuheben, als es nach der im Jahre 2007 beschlossenen Reform der Fall gewesen wäre. Wie bereits 2008 wurde auch für das laufende Jahr der sogenannte „Riesterfaktor“ ausgesetzt. Die Folge: Nach dem Anstieg um 1,1 Prozent im Jahr 2008 (statt 0,46 Prozent mit Anwendung des Riesterfaktors) werden die Altersbezüge in diesem Jahr in den alten Ländern um 2,4 und in den neuen sogar um 3,4 Prozent

steigen. Dazu kommt noch ein Plus von etwa 0,3 Prozent infolge der letzten Gesundheitsreform.

Der Anstieg um rund drei Prozent mitten in der tiefsten Krise ist beachtlich, wenn man bedenkt, daß in diesem Jahr die Preise kaum mehr steigen. Als die Bundesregierung diese Großzügigkeit beschloß, war der Rückgang der Inflation fast auf Null noch nicht absehbar. Experten warnten dennoch schon damals vor der Inkonsequenz dieser Entscheidung. Man könne nicht 2007 eine große Rentenreform beschließen und diese dann gleich 2008 in einem zentralen Punkt nicht anwenden, so das Hauptargument. Es sei zudem fraglich, ob die für 2012 und 2013 vorgesehene nachträgliche

Anwendung des Riester-Abschlags politisch durchsetzbar wäre. Die Abschaffung des Riesterfaktors wiederum führe zu Mehrkosten von 115 Milliarden Euro bis 2030, warnte der Rentenexperte Bernd Raffelhüschen.

Inzwischen können sich die Kritiker aus einem ganz anderen Grund mehr als nur bestätigt fühlen. Die aktuelle Wirtschaftskrise bringt die Renten nämlich gleich doppelt unter Druck. Zum einen sinken die Beitragseinnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung, wenn weniger Menschen arbeiten oder sie weniger verdienen. Zum anderen aber hat der massive Ausbau der Kurzarbeit einen unmittelbaren Effekt auf die Renten. Nach der

geltenden Formel richtet sich die Rentenanpassung nämlich nach der Lohnsumme geteilt durch die Zahl der Beschäftigten. Da Kurzarbeiter als Beschäftigte zählen, sinkt die durchschnittliche Lohnsumme demnächst spürbar. Unter dem Strich könnten die Renten im Jahre 2010 deswegen um 2,3 Prozent sinken. Eine solche echte Kürzung wäre, wenn es denn dazu kommt, die erste seit 1948. Bemerkenswerterweise hat die Bundesregierung diese Entwicklung bisher nicht dementiert, sondern nur erklärt, über die Rentenanpassung 2010 wäre erst im nächsten Frühjahr zu entscheiden. Koalitionspolitiker erklärten zwar, durch eine eilige Gesetzesänderung Kürzungen verhindern zu wollen, doch dann wäre die letzte Rentenreform Makulatur. Jetzt hat der Wahlkampf ein neues Thema. Konrad Badenheuer

Die erste echte Kürzung seit 1948 zeichnet sich ab

Keine 24 Stunden

Börsen reagieren auf die Schweinegrippe

Die Inkubationszeit der Schweinegrippe beträgt etwa fünf Tage. Die ersten Auswirkungen auf die Börsen dieser Welt nach der Ausrufung des nationalen Gesundheits-Notstandes in den USA ließen allerdings keine 24 Stunden auf sich warten. Noch während UN-Generalsekretär Ban Ki Moon die Schweinegrippe als Weltkatastrophe einstufte, zeigten die Aktienmärkte erste nervöse Reaktionen. „Es wird den Markt belasten, solange wir nicht besser wissen, wo das alles hin führt“, heißt es an der Wall-Street. Dort hat man die Erholung der US-Wirtschaft bereits auf das Jahr 2010 verortet.

In Asien wiederum ruft die Schweinegrippe unschöne Erinnerungen an Zeiten der Vogelgrippe und des Schweren Akuten Atemwegssyndroms (Sars) wach. Damals verödeten ganze Gesellschaften legten die Hälfte ihrer Flotte still, da der Tourismus über Monate nahezu zum Stillstand kam. „Der internationale Verkehr ist sowieso schon ziemlich ungenützlich, und natürlich ist das Salz auf die Wunden“, sagte der Hongkonger Verkehrsanalyst Jim Wong. „Es wird die Fluggesellschaft aber nicht so treffen wie damals Sars“, hofft er. Alles hängt letztendlich davon ab, wie weit sich die Schweinegrippe ausbreitet. Bel

Wirtschaftskrise könnte sich verstärken

Immobilienkauf in Polen möglich

Ausnahmeregelung von 2004 ausgelaufen – Deutsche Käufer sehnsüchtig erwartet

Mir liegen keine Anfragen vor“, so der Rechtsanwalt Andreas Martin gegenüber der PAZ. Seit dem 1. Mai können Ausländer aus der EU und der Schweiz in Polen Zweitwohnungen erwerben, doch der auch auf Immobilienrecht spezialisierte Anwalt, der in Stettin eine Kanzlei hat, wurde bisher noch nicht mit der Abwicklung von Immobilienkäufen durch Deutsche beauftragt. Auch die Abteilung für Handel und Investitionen der Botschaft der Republik Polen kann keinen „Ausverkauf auf dem polnischen Immobilienmarkt“ erkennen.

Dieser war jedoch von den Polen befürchtet worden, als sie 2004 der Europäischen Union beitraten. Da Warschau vermeiden wollte, daß vor allem die deutschen Heimat-

vertriebenen mit dem polnischen EU-Beitritt das Land ihrer Ahnen aufkaufen und somit die Immobilienpreise in die Höhe treiben würden, erzwang Polen eine fünfjährige Übergangsperiode. Doch diese ist nun vorbei, und zudem haben sich die Zeiten geändert. Inzwischen werden die Deutschen sehnsüchtig erwartet. Sie sollen den angeschlagenen Immobilienmarkt wieder beleben, der nicht nur wegen der Finanzkrise am Boden liegt.

Letztendlich waren es die Polen selbst, die erst die Immobilienpreise in die Höhe trieben. Ferienwohnungen an der Ostsee, aber auch Mietwohnungen in den Städten wurden gebaut, teilweise über den

Bedarf hinaus. Da inzwischen die Banken ihre Kreditbedingungen verschärft haben, hat sich die Zahl der liquiden Käufer reduziert. Das hat dazu geführt, daß das Immobilienangebot die Nachfrage um 30 Prozent übersteigt. Das drückt jetzt die Preise.

Nun sollen Käufer aus dem EU-Ausland durch ihre Nachfrage den Immobilienmarkt wieder beleben. Durch den derzeit günstigen Kurs des Euro zum Zloty und die gefallen Immobilienpreise sind Ferienhäuser in Polen günstig zu erwerben. Da viele Wohnungen und Häuser erst in den letzten 15 Jahren gebaut worden sind, ist das Angebot durchaus attraktiv. Kleinere Ferienhäuser an

der Ostsee sollen bereits für 70 000 Euro zu haben sein. Da die Kaufabwicklung in Polen inzwischen unkomplizierter, schneller und günstiger ist als in Deutschland, sind kaum bürokratische Hürden zu meistern. Auch Baugrundstücke können EU-Bürger erwerben. Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind jedoch noch bis 2016 vom Verkauf an EU-Ausländer ausgenommen. Da die Nutzungsart in den Grundbüchern nicht vermerkt ist, muß bei den Katasterämtern nachgefragt werden.

Bisher sind es aber nicht die Deutschen, die sich in Polen einkaufen, sondern im EU-Ausland lebende und arbeitende Polen, die ihre polnische Staatsangehörigkeit im Laufe der letzten Jahre für eine andere abgegeben haben. Bel

Agrarflächen sind weiter ausgenommen

MELDUNGEN

Barroso könnte im Amt bleiben

Brüssel – Wenn die konservativen Parteien im europäischen Parlament bei der EU-Wahl am 7. Juni ihre Mehrheit verteidigen, kann auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso damit rechnen, im Amt zu bleiben. Doch eine zweite Amtszeit des Portugiesen könnte in Gefahr geraten, falls die zweitgrößte Fraktion im Parlament, die Sozialdemokraten, die Mehrheit erlangt. Der deutsche Industriekommissar Günter Verheugen steht mit seinen 65 Jahren nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung. Auch die niederländische Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, die dänische Agrarkommissarin Marian Fischer Boel und der irische Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy geben ihre Ämter ab (siehe Seite 8). *Bel*

Muslime immer antisemitischer

Bonn – Antisemitismus wird von Muslimen immer offener propagiert. Das beobachtet der stellvertretende Vorsitzende des Instituts für Islamfragen der Deutschen Evangelischen Allianz, Kirchenrat i. R. Albrecht Hauser. Im Zuge des Nahost-Konflikts hätten sich antisemitische Tendenzen nicht nur in der islamischen Welt, sondern auch unter muslimischen Jugendlichen in Europa verschärft, heißt es in einer Stellungnahme zu den Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad bei der UN-Konferenz gegen Rassismus. Ahmadinedschad hatte Israel als „grausamstes und rassistisches Regime“ beschrieben, das „unter dem Vorwand jüdischen Leidens“ gegründet worden sei. Laut Hauser greifen Muslime antisemitische Hetzschriften aus Europa über eine jüdische Weltverschwörung auf. Schriften wie Adolf Hitlers „Mein Kampf“ erfreuten sich in vielen islamischen Ländern großer Beliebtheit. Zunehmend würden auch Behauptungen des ägyptischen Philosophen Sayyid Qutb (1906-1966) aufgegriffen, wonach Juden für alle „verderblichen“ Einflüsse wie Frauenemanzipation, Individualismus und Säkularisation verantwortlich seien. *idea*

Die Schulden-Uhr: Geld für Bildung

Ganze 18 Milliarden Euro zusätzlich für den Bereich Bildung und Forschung haben die Wissenschaftsminister der Länder mit Bundesbildungsministerin Annette Schavan für die Jahre 2011 bis 2019 ausgehandelt. Davon sollen unter anderem 25 000 neue Studienplätze für je 26 000 Euro geschaffen werden. 2,7 Milliarden sollen in die Exzellenzinitiative der Eliteuniversitäten und fünf Milliarden Euro sollen in die Forschung gehen, worüber sich vor allem die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaften freuen. Doch das Geld fließt erst, wenn die 16 Finanzminister der Länder ihre Hälfte – die andere trägt der Bund – der Summe freigeben. Die sind aber klamm und halten die Zusagen zudem für überdimensioniert.

1.560.123.211.829 €

Vorwoche: 1.557.349.316.241 €
Verschuldung pro Kopf: 19 012 €
 Vorwoche: 18 978 €

(Dienstag, 28. April 2009,
 Zahlen: www.steuerzahler.de)

Vom Geist der Versöhnung geleitet

Stiftungsrat des »Zentrums gegen Vertreibungen« steht – Weihbischof Jaschke möchte es allen recht machen

Die Mitglieder des Stiftungsrates für das in Berlin geplante »Zentrum gegen Vertreibungen« stehen fest. Große Überraschungen sind ausgeblieben. Leider wird das Zentrum voraussichtlich erst in vier Jahren eingeweiht.

Nach der grundsätzlichen Einigung der Regierungskoalition über ein Zentrum „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ stehen nun auch die Mitglieder des Stiftungsrates fest. Bevor das Vertriebenenzentrum voraussichtlich im Jahr 2013 eröffnet werden kann, muß sich der Stiftungsrat zunächst um die Renovierung des schmucklosen Gebäudes am Anhalter Bahnhof in Berlin kümmern. Dafür sind insgesamt 29 Millionen Euro eingeplant. Für den jährlichen Betrieb werden voraussichtlich 2,4 Millionen Euro jährlich benötigt.

Für die Bundesregierung werden in das Gremium drei Vertreter entsandt. Dies sind der Staatsminister für Europa, Günter Glos (SPD), aus dem Auswärtigen Amt und Franz-Josef Hammerl (CDU), der neue Leiter der Abteilung für Migration, Integration, Flüchtlinge und Europäische Harmonisierung aus dem Bundesinnenministerium. Aus dem Bundeskanzleramt kommt Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) hinzu. Aus dem Bundestag werden Jochen-Konrad Fromme (CDU) und Angelica Schwall-Düren (SPD) im Stiftungsrat sitzen (die PAZ berichtete) und die insgesamt fünf Vertreter der Politik komplettieren.

Die historischen Museen sind kraft Amtes mit zwei Vertretern im Gremium präsent. Hans Ottomeyer (Deutsches Historisches Museum) und Hans Walter Hütter (Haus der Geschichte) werden die historische und wissenschaftliche

Kompetenz des Gremiums verstärken.

Für den Bund der Vertriebenen (BdV) werden Christian Knauer und Albrecht Schläger die beiden Entsandten sein. Der dritte Sitz des BdV bleibt vorerst unbesetzt, da Erika Steinbach, Präsidentin des BdV und Mitglied im CDU-Bundesvorstand, ihren Sitz nach heftigen Angriffen von polnischer und sozialdemokratischer Seite ruhen läßt. Für die Kirchen beziehungsweise Religionen sind ebenfalls drei Vertreter benannt, die den derzeit zwölfköpfigen Stiftungsrat komplettieren. Für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wird die Kulturbeauftragte Petra Bahr und für den Zentralrat der Juden dessen Vizepräsident Salomon Korn in das Gre-

mium einziehen. Die katholische Kirche ist mit dem Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke vertreten, der im Rahmen der Deutschen Bischofskonferenz in der Kommission für Kultur, Me-

Hohe Priorität: Zentralrat der Juden sendet seinen Vize

dien und interreligiösen Dialog mitarbeitet.

Ob die drei religiösen Vertreter anders als die Entsandten aus der Politik dem Vertriebenenzentrum eine besondere Prägung geben können, bleibt abzuwarten. Wie wichtig dem Zentralrat der Juden

die Arbeit im Stiftungsrat ist, sieht man an deren hochrangigem Vertreter. Erste Kommentare erinnern zwar auch an Meinungsäußerungen von jüdischen Vertretern, daß deutsche Täter keine Opfer sein könnten. Dem wurde entgegengehalten, daß es hier nicht um die Holocaust-Frage gehe, sondern um die Vertreibung und Entzerrung von deutschen Bürgern, wovon auch mehrere zehntausend Menschen jüdischen Glaubens betroffen gewesen seien. Die EKD entsendet in das Gremium eine weniger prominente Vertreterin. Von der Kulturbeauftragten Petra Bahr ist ein besonderes Engagement für die Vertriebenen bisher nicht bekannt. Bahr leitet das Kulturbüro der EKD in Berlin und gibt als Motto ihrer Arbeit „Kultur

ist eine Spielwiese der Freiheit“ an.

Anders ist dies beim Entsandten der katholischen Kirche, Weihbischof Hans-Jochen Jaschke. Er stammt selbst aus Beuthen in Oberschlesien und hat durch seine Familie, wie er gegenüber dieser Zeitung betonte, eine starke biographische Beziehung zum Unrecht der Vertreibung. Er möchte als kirchlicher Vertreter im Stiftungsrat zwar politische Irritationen vermeiden, aber dem „Menschenrecht der Erinnerung Gestalt geben“. Nicht der „Geist des Aufrechnens, sondern der Versöhnung“ werde sein Engagement für das Zentrum gegen Vertreibungen bestimmen, betonte Jaschke gegenüber der *Preussischen Allgemeinen Zeitung*.

Schuld, sagte Jaschke, solle man nicht verdrängen. Als Kirchenmann wolle er sich besonders für die Dokumentation des unschuldigen Leidens des einzelnen einsetzen. Versöhnung könne nur geschehen, wenn der Ungeist der Vertreibung auch benannt werde. Wahrheit und Versöhnung gehörten eng zusammen, wie der Bischof betonte. Hier könne er als Kirchenmann besonders für die humane Erinnerung eintreten, da er frei von politischen Erwägungen als Vermittler auftrete. Angesprochen auf die Präsenz des jüdischen Vertreters und die fehlende Präsenz der Präsidentin des BdV, erklärte Jaschke, daß er beide schätze. Er halte es für gut, daß Salomon Korn mit dabei sei. Viele der polnischen Kritiker von Frau Steinbach könne er ebenfalls. Insofern erhoffe er sich in den vier Jahren bis zur Eröffnung des Zentrums, daß unnötige Reize vermieden und ein versöhnliches Arbeiten im Sinne der Wahrhaftigkeit geschehen könne. *H. E. Bues*



Von der katholischen Kirche entsandt: Weihbischof Hans-Jochen Jaschke

Bild: action press

USA: Nur halbherzig für Folterverbot

Das angeblich so »reaktionäre« Preußen war anno 1740 schon weiter – Die CIA folterte auch in Ostpreußen

Nur halbherzig versucht US-Präsident Barack Obama ein generelles Folterverbot umzusetzen. Einerseits beteuert er, die USA wollten sich künftig strikt an Artikel 5 der UN-Menschenrechtserklärung halten („Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden“). Andererseits weicht er einer klaren Definition, was eigentlich Folter ist, nach wie vor aus.

Nach weitverbreitetem Rechtsverständnis sind die „harten Methoden“, mit denen der US-Geheimdienst CIA in Speziallagern wie Guantanamo oder Bagram islamistische Terrorverdächtige „verhörte“, eindeutig als Folter zu bezeichnen. Neben dem sogenannten „Waterboarding“ zählen dazu Dunkelhaft, mehrwöchige Isolation, stundenlanges Verharren in schmerzhaften Körperhaltungen, Schlafentzug und körperliche Mißhandlungen. Ärzte hatten darüber zu wachen, daß den Verhörten keine dauerhaften, also gerichtlich beweisfähigen Verletzungen zugefügt wurden.

All dies hat das Internationale Rote Kreuz schon vor zwei Jahren in einem Bericht dokumentiert. Dennoch lehnte Obama zunächst eine strafrechtliche Aufarbeitung dieser Foltermethoden ab. Dann

beugte er sich dem internationalen Meinungsdruck und kündigte einen Untersuchungsausschuß sowie eventuelle Gerichtsverfahren an. Die Gefolgsleute seines Amtsvorgängers Georg W. Bush leiteten daraus die Gefahr von „Schauprozessen“ ab.

Tatsächlich hatte Bush Anfang 2002 angeordnet, Terrorverdächtige gemäß der oben zitierten Genfer Konvention zu behandeln, also nicht zu foltern. Wenig später aber gab seine damalige Sicherheitsberaterin und spätere Außenministerin Condoleezza Rice der CIA grünes Licht für bestimmte Verhörtechniken, die – so der juristische Trick – nunmehr nicht mehr als Folter gelten sollten.

In der Schweiz gab es die Folter bis 1851

Bushs Vizepräsident Dick Cheney verteidigte „Waterboarding“ und Isolationshaft damit, daß man mit ihnen „wertvolle Hinweise“ auf geplante Terrorakte erhalten habe. Dem widersprach jetzt aber die renommierte „Washington Post“: Die durch Folter erpressten Aussagen hätten in keinem einzigen Falle zur Verhinderung eines Anschlags geführt.

Selbst wenn die Regierung Obamas sich zu einer juristischen Aufarbeitung der Vorgänge in Guantanamo und anderen CIA-Lagern aufraffen sollte – einem rechtlich sauberen und lückenlosen Folterverbot wären die USA damit allenfalls einen Schritt näher gekommen. Nach wie vor hinken sie in dieser Frage hinter nahezu allen demokratischen Rechtsstaaten her.

Weltweiter Vorreiter war ausgerechnet das von Anglo-Amerikanern seit Jahrzehnten verurteilte Preußen. Friedrich der Große, der ja nach Lesart der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ein fürchterlicher Militarist, Reaktionär oder sogar Wegbereiter des Nationalsozialismus war, hatte nämlich in zwei königlichen Erlassen das erste Folterverbot installiert, zunächst 1740 noch mit den drei Ausnahmen Landesverrat, Massenmord und „Majestätsverbrechen“ – was darunter zu verstehen war, hat Seine Majestät allerdings auch vor-sichtshalber geheim gehalten, freilich auch nie zur Anwendung kommen lassen – dann 1754 total, ohne jede Ausnahme.

Zuvor hatte schon 1705, also vier Jahre nach Krönung des ersten Königs in Preußen, der Jurist und Rechtsphilosoph Christian Thomasius im seit 1680 brandenburgisch-preussischen Halle fort-

schriftliche Gedanken „Über die notwendige Verbannung der Folter aus den Gerichten der Christenheit“ entwickelt. Friedrich Wilhelm I., der sogenannte Soldatenkönig, der in Wahrheit ein bedeutender Förderer der Geisteswissenschaften war, griff diese Ideen wohlwollend auf, vermoch-

CIA-Foltergefängnis bei Ortelsburg

te es aber noch nicht, ihnen Gesetzeskraft zu verleihen.

Sein Sohn und Nachfolger aber vollendete zügig diesen Teil des geistigen Erbes seines Vaters. Das – zunächst eingeschränkte – Folterverbot war 1740 eine seiner ersten Amtshandlungen. Schon bald folgten die europäischen Mächte dem Vorbild des „Alten Fritz“. 1815 erklärte auch der Vatikan die Folter für abgeschafft, und 1851 war der schweizerische Kanton Glarus auf diesem Wege das europäische Schlußlicht. Hier hatte im Jahre 1782 mit der Enthauptung von Anna Göldi auch die letzte Hexenhinrichtung Mitteleuropas stattgefunden. Von den deutschen Ländern war Coburg-Gotha das letzte, das 1828 die Folter abschaffte.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland findet sich

zwar kein ausdrückliches Folterverbot, dieses ergibt sich aber zwingend aus den Artikeln 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) und 104 („Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden“). Ferner wurde 1950 mit dem Paragraphen 136a das uneingeschränkte Verbot der Folter in die deutsche Strafprozeßordnung eingeführt. Zudem ist Deutschland durch seinen Beitritt sowohl zur UN-Menschenrechtserklärung (Artikel 5) als auch zur Europäischen Menschenrechtskonvention (Artikel 3) strikt an das Folterverbot gebunden.

Von dieser inzwischen nahezu 270jährigen preußisch-deutschen Menschenrechtstradition sind die Amerikaner auch heute noch weit entfernt. Eines der Folterzentren der CIA befand sich übrigens mitten in Ostpreußen, auf der Militärbasis Alt Keykuth unweit von Ortelsburg, wo auch der polnische Geheimdienst seine Agenten ausbildet. Heute ermitteln polnische Staatsanwälte, wieviel Polens damaliger Präsident Alexander Kwasniewski und Ex-Premier Leszek Miller von diesem Unrecht wußten. Dies berichtet jedenfalls der „Spiegel“ – ohne das Wort „Ostpreußen“ oder auch nur einen deutschen Ortsnamen zu nennen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Die Façon der Linken

Von HARALD FOURIER

Lange ist es her: Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg nahm per Potsdamer Toleranzedikt von 1685 die in Frankreich verfolgten Hugenotten auf. Und sein Urenkel, der Alte Fritz, legte die Regeln für das Zusammenleben so fest: „Die Religionen müssen alle toleriert werden, daß keine der anderen Abbruch tut, denn hier muß ein jeder nach seiner Façon selig werden.“

Das war damals ein großer Schritt für die Menschheit. Die Bürger mußten nicht mehr wie in den übrigen europäischen Staaten damals üblich die weltanschaulich-religiösen Auffassungen ihrer Herrscher teilen.

Mit der Pro-Reli-Niederlage ändert sich das jetzt. In Berlin war Religion seit 1945 ein freiwilliges Zusatzfach. Dann kam der rot-rote Senat 2006 auf die Idee, ein neues Fach namens „Ethik“ einzuführen, einen atheistischen Gegenentwurf zum normalen Religionsunterricht, wie er in westdeutschen Bundesländern abgehalten wird.

„Ethik“ wurde flugs zum Wahlpflichtfach erhoben, wer Religion will, muß es zusätzlich belegen. Die Initiative Pro Reli wollte nun per Volksbegehren erreichen, daß die Schüler frei zwischen Religion und „Ethik“ wählen dürfen. Aber 51 Prozent der Berliner waren dagegen. Sie wollten mit ihrer Stimme verhindern, daß anderer Leute Kinder, die Religion statt „Ethik“ lernen wollen, dies auch dürfen.

Wer macht so etwas? Wieso dürstet jemandem danach, anderen vorzuschreiben, was sie an der Schule lernen? Dahinter steht die in den letzten Jahren verstärkt auftretende Einstellung, alles solle gleich sein: Alle sollen möglichst gleichviel verdienen, sollen möglichst die gleiche Lebensqualität haben und eben auch die gleichen religiös-weltanschaulichen Vorstellungen teilen. Es ist kein Wunder, daß die meisten Stimmen gegen Pro Reli aus dem Osten Berlins kamen, wo die Ideologie der Linken weitaus stärker vertreten ist als im Westen der Hauptstadt.

Für Liberale und Konservative steht fest: Glaube und Meinung sind frei, die Auffassungen des anderen sind zu respektieren. Links der Mitte wird das offenbar anders gesehen. Wer nicht in die Schablone paßt, der wird passend gemacht.

Toleranz führen viele nur im Munde, solange sie selbst keine Mehrheit haben. Wenn sie aber die Macht in Händen halten, dann wird diese gnadenlos ausgespielt. Ausbaden müssen das jetzt die Kinder, die diesen Ersatz-Staatsbürgerkunde-Unterricht ertragen müssen. Für die alte preußische Residenz Berlin bedeutet das Votum einen Schritt zurück hinter das 17. und 18. Jahrhundert.

Ost-Berliner stoppen Pro Reli

Volksbegehren abgelehnt: Ethik-Unterricht bleibt Pflicht, Religion nur als Zusatz möglich



Zum Fach „Ethik“ gezwungen: Auch das Engagement Berliner Schüler für die Wahlfreiheit brachte keinen Erfolg.

Bild: pa

Das Volksbegehren „Pro Reli“ ist mit 48 zu 51 Prozent gescheitert. Da auch das notwendige Quorum mit 14 statt der erforderlichen 25 Prozent Ja-Stimmen aller Wahlberechtigten weit verfehlt wurde, ist das Referendum insgesamt deutlicher gescheitert als die Initiative zum Erhalt des Flughafens Tempelhof vor einem Jahr.

Über das nackte Gesamtergebnis hinaus erwies sich bei der Abstimmung zudem: Berlin ist nach wie vor eine geteilte Stadt, es verläuft eine unsichtbare Mauer durch die Stadt. Sie trennt Reinickendorf von Pankowern und Zehlendorfer von Lichtenbergern.

Im Westteil der Stadt hat Pro Reli eindeutig gewonnen: In Reinickendorf, Spandau, Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf stimmten mehr als 60 Prozent mit ja. Selbst im Problembezirk Neukölln mit seinem überaus hohen Migrantenanteil wurden von Pro Reli mehr als 60 Prozent erzielt. Und in Steglitz-Zehlendorf, dem West-Berliner Musterbezirk, hat die Initiative sogar das notwendige Quorum von 25 Prozent Ja-Stimmen aller Wahlberechtigten erreicht.

Aber vom Grunewald im Westen ist es ein langer Weg in die Plattenbauviertel der östlichen Stadthälfte. In Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg,

Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf stimmten über 70 Prozent mit nein. In Lichtenberg sogar rekordverdächtige 78,4 Prozent. Machte unterm Strich in ganz Berlin: 51 Prozent nein, 48 ja.

Die Zahlen beweisen, daß auch Pro Reli ein Ost-West-Thema war. Wie vor einem Jahr, als die Ost-Berliner mehrheitlich gegen und die West-Berliner für den Flughafen Tempelhof gestimmt haben. Und so wie 1996, als die West-Berliner eher für die Fusion mit Brandenburg waren, die Ost-Berliner überwiegend dagegen.

Für Klaus Wowereit (SPD), der von einem „eindeutigen Votum“ sprach, ist das wieder ein Grund zum Aufatmen. Vor einem Jahr hatte der Regierende Bürgermeister seine harte Linie gegen den Flughafen Tempelhof durchgezogen und war mit Ach und Krach durchgekommen. Enge Verbündete wie Gregor Gysi (Linke) hatten kurz vor der Abstimmung die Nerven verloren und wollten nachgeben, aber Wowereit blieb stur, mit Erfolg: Tempelhof ist jetzt zu. Die Stadt diskutiert unterdessen, ob sie ein Rotlichtviertel oder eine Skipiste auf dem Gelände einrichten sollte.

Auch diesmal hätte es anders kommen können. Wenn der rot-rote Senat diese Abstimmung verloren hätte, dann wären dies dicke Knüppel gewesen, die die Wähler ihrem Bürgermeister zwischen die Beine geworden hätten. Und der wünscht sich nichts sehnlicher als Ruhe in seiner politischen Heimat, damit er seinen eigenen bundespolitischen Ambitionen nachgehen kann. Großmännlich erklärte er nach der Abstimmung, die Landesregierung sei nach wie vor an einer „konstruktiven Zusammenarbeit mit den Kirchen in der Stadt interessiert und wird dazu ihren Beitrag leisten“.

Die Taktik des Senats hatte vor allem aus zwei Dingen bestanden: Einerseits hatte Rot-Rot den Urnengang auf einen für Pro Reli ungünstigen Termin gelegt. Wäre der Volksentscheid zusammen mit der Europawahl erfolgt, die in nur sechs Wochen stattfindet, so wäre nach Einschätzung von Beobachtern zumindest das Erreichen des Quorums kein so großes Problem gewesen.

Außerdem hatte der Senat bis zum Schluß steuergeldfinanzierte Anti-Propaganda betreiben lassen, was ihm vom Gericht untersagt worden war.

Doch Wowereit hielt sich nicht daran, Anzeigen verwirrenden Inhalts wurden weiter geschaltet. Das hat ihm große Kritik eingebracht. Aber einen Teil der Wähler dürfte das kaum mehr versichert haben als seine Aussage vor einem Jahr, daß Tempelhof so oder so geschlossen werden würde – egal, wie die Berliner abstimmten.

Für die Opposition ist Pro Reli ein Debakel. Allerdings hatten die führenden Köpfe von CDU und FDP Pro Reli ohnehin keine großen Siegeschancen eingeräumt und sich nur wenig für das Referendum stark gemacht. Zwar wurde der neue CDU-Chef Frank Henkel am Abend auf der „Verlierer-Party“ und später in der „Berliner Abendschau“ des RBB gesehen. Aber er hat sich bei weitem nicht so engagiert wie sein Vorgänger Friedbert Pflüger, der voll auf das Thema Tempelhof gesetzt hatte und dessen Sturz mit dem Scheitern dieses Volksbegehrens eingeleitet worden war.

Für die Schüler bedeutet das Votum, daß sie weiterhin Religionsunterricht nur als freiwilliges Zusatzfach wählen können. Ethik bleibt stattdessen Pflichtfach für die Klassen 7 bis 10. Die Zahl der Schüler, die noch den Religionsunterricht besuchen, ist bereits um ein Viertel gesunken, seit es das Fach Ethik gibt. *Markus Schleusener*

Die Mauer in den Köpfen steht leider immer noch

Wohnungen werden knapp

Berlin: Nach Jahren der Nachfrageschwäche sinkt Leerstand im Zentrum auf nahe Null

In Berlin wird Wohnraum knapp. Im Innenstadtbereich steigen die Mieten bereits erheblich. Die Zeiten des Wohnraumüberangebots scheinen vorbei zu sein, befürchtet der Berliner Mieterverein. Der Senat sieht es anders. Noch immer gebe es 100 000 leerstehende Wohnungen in der Stadt, sagt die rot-rote Regierung.

Wirklich? Vor einer Woche wurden die Zahlen des Verbandes der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsbauunternehmen vorgelegt, dessen Mitglieder rund 40 Prozent der Mietwohnungen in Berlin verwalten. Die Zahl der Leerstände ist von 4,6 auf 3,8 Prozent gesunken. Es ist der niedrigste Stand seit Mitte der 90er Jahre.

In Prenzlauer Berg (1,5) und Mitte (1,6) ist er so niedrig, daß dort bereits von Wohnraumangel gesprochen werden kann. In sozialen Brennpunkten wie Wedding, Außenbezirken wie Zehlendorf und Plattenbauvierteln wie

Marzahn sieht es dagegen aus Sicht der Mieter besser aus. Am meisten Leerstand herrscht in Hellersdorf, einem Plattenbauviertel an der östlichen Stadtgrenze.

Auf die Mieter kommen härtere Zeiten zu. Je größer die Nachfrage, desto schneller steigen die Mieten, derzeit um 3,3 Prozent im Jahr. Trotzdem ist es möglich, in begehrter Wohnlage (beispielsweise Prenzlauer Berg) eine Dreizimmer-Wohnung für 800 Euro zu mieten oder für 250 000 Euro zu kaufen. Noch.

Dieses niedrige Preisniveau hat viel mit der Entwicklung nach dem Mauerfall zu tun. Nach der Vereinigung war die Stimmung euphorisch: Berlin könne jetzt alles nachholen, was in den letzten Jahren verpaßt wurde, werde größer und wichtiger denn je und

bald fünf Millionen Einwohner haben – so die damals verbreitete Einschätzung. Die Stadt an der Spree werde bald die größte Metropole zwischen Paris und Moskau sein. Die Illusionen kannten keine Grenzen.

Die Realität hat die deutsche Hauptstadt dann aber schnell eingeholt. Aus den explodierenden Einwohnerzahlen wurde nichts. Berlins Einwohnerzahl lag nach dem Krieg bei etwa 3,3 Millionen und war seitdem langsam gesunken.

Der Tiefpunkt war um 1980 mit gerade noch drei Millionen Einwohnern erreicht. Ab Mitte der 80er stieg die Zahl der Berliner wieder kräftig, noch während der Teilung also. 1989 lag die Zahl bei 3,4 Millionen. Sie stieg noch geringfügig weiter, erreichte aber nie die 3,5-Millionen-Grenze. Ab

1994 ging es wieder abwärts – durch Sterbeüberschüsse und Abwanderung. Erst ab 2005 ging es wieder ganz leicht aufwärts. Jetzt liegt die Zahl bei 3,43 Millionen.

Mehr Einwohner – das heißt mehr Nachfrage nach Wohnraum. Während also die Erwartungen 1990 sehr groß waren, blieb der große Bevölkerungszuwachs aus. Es gab zwar einen Bauboom, aber niemanden, der die vielen Wohnungen haben wollte. Verwalter trister Plattenbauten hatten es zeitweise sehr schwer, Mieter zu finden für ihre Wohnungen. Sie lockten Kunden mit mehreren Monaten mietfrei oder gar mit einer Mallorca-Reise als Dankeschön beim Vertragsabschluß.

Jetzt könnte es wieder andersherum kommen. Berlin könnte sich westdeutschen Ballungsgebieten wie München oder Hamburg nähern, wo Wohnraum erheblich teurer ist als an der Spree. *Patrick O'Brian*

Seit 2005 steigt die Einwohnerzahl wieder leicht an

KaDeWe bleibt

Mitarbeiter sehen Verkauf gelassen

Das Berliner Nobelkaufhaus KaDeWe am Wittenbergplatz steht vielleicht bald zum Verkauf. Wer der künftige Eigentümer wird, ist noch völlig ungewiß. Indes: Berlin ohne „Kaufhaus des Westens“, wie das KaDeWe ausgeschrieben heißt, das kann sich niemand recht vorstellen. Die Mitarbeiter von Deutschlands berühmtestem Einkaufsparadies sehen ihrer Zukunft denn auch recht gelassen entgegen. Bei Woolworth hingegen geht die Angst um. Der Billiganbieter ist erheblich ins Schlingern geraten.

Das Problem des KaDeWe besteht nicht in roten Zahlen durch wegbleibende Kunden oder eine zu hohe Miete. Nein, aber dafür gehört es seit 15 Jahren zu Arcandor (Karstadt). Und dieser Konzern geht gerade in die Knie.

Der neue Chef des Handelsriesen, Karl-Gerhard Eick, hat Ende April ein Konzept vorgelegt, mit dem er das angeschlagene Unternehmen retten will. Dafür muß er

bis zum Sommer 650 Millionen Euro aufreiben.

Arcandor hat das Geld nicht, muß also etwas verkaufen, darunter wohl das KaDeWe. Schon stehen mögliche Käufer bereit: Konzerne aus England, Spanien oder Frankreich wie die Galeries Lafayette würden sich gerne dieses Filialstück unter den Nagel reißen, heißt es aus Branchenkreisen.

Wie es aus der Belegschaft heißt, seien die rund 2000 KaDeWe-Mitarbeiter nicht einmal traurig. Zu Karstadt zu gehören war für sie keine Aufwertung, im Gegenteil. Schließlich war das KaDeWe immer mehr als ein „gewöhnliches“ Warenhaus.

Zu solcher Gelassenheit haben die Mitarbeiter von Woolworth wenig Grund. Ihre Situation sieht erheblich schlechter aus. Wenn nicht wenigstens ein kleines Wunder geschieht, dann gehen 1000 Arbeitsplätze der Kette allein in Berlin verloren. *Markus Schleusener*

MELDUNGEN

Strafe für Suff-Piloten

Moskau – Trunkenheit von Piloten soll in Rußland künftig strafbar sein. Anlaß: Beim Absturz einer Boeing 737 im September 2008 war der Pilot dermaßen betrunken, daß er Luftdruck und Flugnummer verwechselte und nicht mit dem Kontrollturm reden konnte. Weitere Fälle von Trunkenheit in der Kanzel ereigneten sich im Herbst 2008, jedoch ohne tragischen Ausgang. PAZ

Deutsche Städte in der Spitze

New York – Unter den zehn Metropolen mit der höchsten Lebensqualität weltweit finden sich drei deutsche Großstädte: Düsseldorf, München und Frankfurt am Main. So die Studie der New Yorker Beratungsfirma Mercer, die 215 Städte auf dem gesamten Erdball untersucht hat. H.H.

Landkauf in Rußland

Porvoo – Bei Gesprächen mit seiner finnischen Amtskollegin Tarja Halonen sagte Rußlands Präsident Dmitrij Medwedew zu, den Verkauf grenznaher Grundstücke an Ausländer zu ermöglichen. Eine entsprechende Gesetzesänderung solle für alle grenznahen Territorien gelten. Während Viktor Pleskatschewski, Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Eigentumsfragen, den Vorstoß begrüßte, weil die Ausländer das Land bearbeiten und Steuern zahlen würden, löste dieser beim Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Konstantin Kosatschow, Besorgnis aus. Eine Liberalisierung des Grundstücksrechts würde nicht nur die finnisch-russische Grenze betreffen, sondern auch das Königsberger Gebiet und vor allem die Grenze zu China. Dort kam es bereits zu Konflikten mit illegalen Immigranten. Wohlhabende Chinesen könnten die Grenzregion überschwemmen, befürchten viele russische Politiker. MRK

»Größte demokratische Übung«

Wahl in Indien von Todesopfern, Boykottaufrufen und Gewalt überschattet – Drohungen gegen Christen

Es ist eine Wahl der Superlative. Vier Wochen lang wählen 714 Millionen wahlberechtigte Inder in fünf Etappen Parlament und Regierung neu. Allein 6,5 Millionen Wahlhelfer werden benötigt, um in fast 830 000 Wahllokalen die 4617 Kandidaten von etwa 300 Parteien zu wählen. Dafür stehen 1,4 Millionen einfache, elektronische Wahlmaschinen bereit, die auch subtropische Wetterverhältnisse aushalten.

Als „größte demokratische Übung der Welt“ bezeichneten Kommentatoren den Wahlgang und weisen damit auf die riesigen Probleme auf dem indischen Subkontinent hin.

Die „Jumbo-Wahl“ in der größten Demokratie der Erde, in dem der Elefant Symbol und Lastentier ist, stellt das Land vor kaum überschaubare Probleme. In Indien werden mehr als 30 verschiedene Sprachen gesprochen und sechs große Religionen ausgeübt, wobei Hindus, Moslems und Christen die größten Gruppen bilden.

Schlagzeilen macht die indische Parlamentswahl in westlichen Medien gegenwärtig durch die Überfälle maoistischer Rebellen. 17 Tote waren gleich zu Wahlbeginn am 16. April zu beklagen. Eine Woche später überfielen 200 maoistische Rebellen einen Zug mit 700 Passagieren zwischen Barkana (Jharkhand) und Mugal-sarai (Uttar Pradesh). Die Geiselnahme konnte wenig später unblutig beendet werden. Die Maoisten, die ihre Hochburgen im Norden und Osten des Landes haben, lehnen die Demokratie grundsätzlich ab. Neben kommunistischen Aktivisten, die in 13 der 35 Bundesstaaten Indiens aktiv sind, gelten radikale Moslems im indischen Teil Kaschmirs als größte Bedrohung für die innere Sicherheit. Maoisten wie Islamisten haben zum Boykott der Abstimmung aufgerufen.

Um die Wahlberechtigten wird in Indien mit harten Bandagen und nicht immer demokratischen Methoden oft im wahrsten Sinne des Wortes gekämpft. Daher sind umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen durch Polizei und Militär



Maoisten und Islamisten versuchten die Wahl zu boykottieren: Trotz starker Präsenz des Militärs kam es zu Unruhen.

Bild: AP

notwendig. Die Präsenz von Hunderttausenden Sicherheitskräften gilt als Hauptgrund für die Abwicklung der Wahl in Etappen. Dennoch eskaliert die Gewalt. Im Bundesstaat Orissa, wo im August 2008 bei Christenverfolgungen durch Hindu-Nationalisten mehr als 100 Tote und 50 000 Flüchtlinge zu beklagen waren, kommt es nach Informationen des weltweiten katholischen Hilfswerkes „Kirche in Not“ erneut zu Todesdrohungen. Christen sollen mit Gewalt davon abgehalten werden, zur Wahl zu gehen. Der Erzbischof von Cuttack-Bhubaneswar, Raphael Cheenath, sagte, daß die Drohungen von der hindu-nationalistischen Baratiya Janata Party (BJP, Indische Volkspartei) ausgingen. Die BJP habe es sich erklärtermaßen zum Ziel gesetzt, die Christen aus der Region zu vertreiben. Der Bischof betonte, daß die Hindu-Nationalisten im Falle

eines Wahlsieges zweifellos mit der Vertreibung fortfahren würden. Die erneuten Drohungen aus der Führungsriege der BJP seien „sehr deutlich“. Ein Priester aus Kandhamal berichtete, daß die BJP am Wahltag teilweise sogar Straßen mit gefällten Bäumen

Die schwere Wirtschaftskrise ist eine Zerreißprobe

blockiert habe, um christlichen Dorfbewohnern den Weg zu den Wahlbüros abzuschneiden.

Die Wahl in Indien ist überschattet von der schwersten Wirtschaftskrise seit zwei Generationen. Die bisherige relativ stabile Regierungskoalition unter Premierminister Manmohan Singh von der Kongreß-Partei wurde

von einem langjährigen Wirtschaftsaufschwung getragen. Von der boomenden Konjunktur in Folge der Globalisierung profitierten mehrere Regionen im Süden und Osten des Halbkontinents besonders stark. Obwohl die bisherige Regierung Anstrengungen gegen Korruption, Bürokratie und Armut unternahm, lebt derzeit immer noch ein Viertel der weltweit Unterernährten in Indien, darunter 45 Prozent Kinder unter fünf Jahren. Ob die Kongreß-Partei unter ihrem Chef Rahul Gandhi aus der gleichnamigen Dynastie des Staatsgründers noch weitere fünf Jahre die Regierung anführen wird, ist angesichts der sich nun weiter verschärfenden Lage offen. Neben den wirtschaftlichen Problemen scheinen ethnische und religiöse Gegensätze immer schwerer beherrschbar.

Da die Wahlergebnisse erst am 16. Mai, nach Abschluß der letzten

Wahletappe, verkündet werden sollen, lassen sich noch kaum Voraussagen über mögliche Regierungskoalitionen abgeben. Keine der beiden großen Parteien, weder die Kongreß-Partei Ghandis noch die hindu-nationalistische BJP, können auf die absolute Mehrheit der insgesamt 545 Sitze im indischen Unterhaus in Neu Delhi (Lok Sabha) hoffen. Das indische Wahlsystem kennt zudem keine Fünf-Prozent-Hürde, so daß selbst 0,1 oder 0,2 Prozent der Stimmen ausreichen, um in den Bundesparlamenten ein oder zwei Mandate zu erringen. Das führt in dem riesigen Land durch den Zwang zu Koalitionen regelmäßig zu zweifelhaften Allianzen, weil Einzelinteressen begünstigt werden und so instabile Regierungen entstehen. Die Wahlbeteiligung lag seit den ersten Wahlen im unabhängigen Indien 1951/52 im Schnitt bei jeweils 60 Prozent. Hinrich E. Bues

»Bosse sind Gauner«

Französische Arbeiter wehren sich und setzen ihre Chefs gefangen

Französische und deutsche Arbeitnehmer der deutschen Reifenfirma Continental haben vor einer Woche gemeinsam und vor allem friedlich vor dem Unternehmenssitz in Hannover protestiert.

„Wenn die Bosse sich verstecken und nicht zu uns kommen, dann gehen wir zu ihnen“, war das Stichwort. Die Mitarbeiter der französischen Filiale in Clairoux (Ostfrankreich) wissen jedoch, daß für ihren Betrieb kaum Aussichten bestehen. Sie wollen aber immerhin höhere Abfindungen vor allem für die jüngeren Kollegen erhalten. Ihre bloße Anwesenheit setzte die deutsche Unternehmensführung unter Druck, denn ganz abgesehen von der Guillotine haben die Franzosen die Barrikaden, die Straßenschlachten ... und die Einspernung von Arbeitgebern in deren Büros erfunden. Bei Continental, Caterpillar, Sony und Molex sowie anderen von Schließung bedrohten Konzernen wurden in den letzten zwei Monaten in Frankreich Firmenchefs in ihren Arbeitsräumen festgehalten. Sie mußten mit aufgebracht Arbei-

tern reden: für französische Bosse kaum erträglich.

Bereits in den 80er Jahren nahmen Arbeiter bankrotter Stahlwerke ihre Arbeitgeber gefangen. Im Jahre 2000 wollten Arbeiter von Celatex in den Vogesen ihren Betrieb sprengen. In kleinen und mittleren Unternehmen geschieht das kaum, weil die Firmenchefs ihren Leuten näherstehen und mit

Höhere Abfindungen erzwingen

ihnen über den Stand des Unternehmens reden. Soll es geschlossen werden, sorgen sie rechtzeitig mit ihnen für einen glatten Übergang. Kleine Betriebe werden oft durch Opfer der Geschäftsführung und der Bediensteten gerettet.

Kurz vor der Kundgebung in Hannover hatten einige Unzufriedene die Büros der Regionalpräfektur von Compiègne im Département Oise verwüstet, um die französische Regierung zu zwingen, auf die deutsche Unterneh-

mensleitung Druck auszuüben. Sie riskierten schwere Strafen, aber Paris hat jetzt eine Beratung von Regierung, Firmenleitung und Gewerkschaften einberufen.

Die T-Shirts der Demonstranten trugen kämpferische Aufschriften, vor allem der Kriegsruf: „Patrons = voyous“ (Bosse sind Gauner) war häufig zu lesen. Vor der Abreise nach Deutschland hatte jedoch ein führender Gewerkschafter um Zurückhaltung geworben: „Es ist nicht unsere Absicht, in Hannover etwas kaputt zu machen“, sagte er. „In Deutschland finden Entlassungen im Rahmen von Verhandlungen statt und werden sozial abgefedert, obwohl sie immer ein schmerzhafter Prozeß sind.“

In französischen Großunternehmen bringen meist nur „Faustschlag-Aktionen“ bessere Abfindungen. Bei dem Pharmaunternehmen „3 M“ war das nach einer Nacht „Gefangenschaft“ der Betriebsleitung der Fall. Auf diese Aktionen stehen fünf Jahre Zuchthaus und 75 000 Euro Strafe. Aber die Unternehmen reichten bisher nie Klagen ein. Jean-Paul Picaper

Prag und Wien gegen Mafia

Tschechien: Polizei nimmt europaweit agierenden Gangsterboß fest

Der Touristen-Magnet Prag zog immer auch lichtscheues Gesindel an, aber seit 2000 zeigen Ordnungshüter wachsame Präsenz und die diversen Verbrechergruppen, vor allem die aus der Ex-Sowjetunion, wurden vorsichtiger. Wie der Prager geheime „Sicherheits- und Informationsdienst“ (BIS) ermittelte, haben die Bosse der russischen, ukrainischen, kaukasischen und weitere in Tschechien aktive Banden im Spätherbst 2007 in Moskau einen „Vor v zakone“ – einen Gangsterboß – gewählt, der ihre Unternehmen koordinieren und ihre Streitigkeiten schlichten soll. Dazu wurde ein heute 41 Jahre alter Armenier erkoren, der seit 2004 legal in Tschechien lebt.

Seit dem 23. März 2009 sitzen der „Vor v zakone“ und seine engsten Mitarbeiter in Prager Gewahrsam, wohin sie die internationale Aktion „Wolfram“ gebracht hatte. Den entscheidenden Tipp auf den Armenier gab ein inhaftierter Tschetschene, der sich davon behördliches Wohlwollen für sein Asylgesuch erhofft. Den Rest besorgten im Schulteranschluß mit österreichischen und slowenischen

Kollegen tschechische Polizisten vom „Sonderdienst gegen organisiertes Verbrechen“ (UOOZ). Deswegen Chef Robert Slachta und sein Wiener Pendant Gerhard Jozsta informierten am 21. April die Öffentlichkeit: „Das ist ein gewichtiger Schlag gegen russische Mafiosi. Deren Treiben wird damit nicht aufhören, aber sie bekamen von uns eine eindeutige Warnung.“

Tschechische Polizei hat lange mit den Banden gekungelt

Für die tschechische Polizei war die Aktion auch ein Stück eigener Ehrenrettung, denn gerade sie schien die 1990er Jahre über mit dem organisierten Verbrechen eng verhandelt zu sein: Polizeiliche Untersuchungsteams und die „Solomon-Gang“, die älteste Bande der lokalen Russen-Mafia, erschienen einander verdächtig nahe – hohe Prager Polizeioffiziere landeten wegen ähnlicher Verdachtsmomente vor Gericht oder begingen unerklärliche Selbstmorde. Hier

gibt es noch viel aufzuklären, nachdem tschechische Polizei mit Gangstern nicht mehr kungelt, sondern durchgreift.

Es war auch höchste Zeit. Die Russen-Mafia beging Kapitalverbrechen in Serie, der armenische Gangsterboß hetzte Killer, primitive Totschläger aus kaukasischen oder afghanischen Kriegen, auf jeden Widerspenstigen. So am 27. November 2007 auf Ales Husak, Chef des Glücksspielkonzerns „Sazka“. „Sazka“ lobte eine Millionenprämie für Täterhinweise aus, die auch „ausgezahlt wurde“. An wen? Wofür? Griffen Tschechen zur Selbsthilfe?

Die Stimmung ist schlecht im Lande, Tschechen sehen sich von ausländischen Gangstern bedroht, Internetportale wie www.chceteje.cz rufen zur Gegenwehr auf. „Chcete je“ heißt „wollt ihr die“, gemeint sind die kriminellen Russen, Ukrainer, Chinesen, Kosovo-Albaner und andere. Prag kooperiert mit Wien, wo (wie die PAZ berichtete) ähnliche Zustände herrschen. Warum nicht gleich so? Verbrecherjagd über Grenzen hinweg wurde schon in früheren EU-Regionen geprobt. Wolf Oschlies

US-Banken prüfen sich selbst

Warum der »Streßtest« nicht so stressig ist – Kritiker: 16 von 19 US-Großbanken sind stehend k.o.

Deutsche Banken sitzen auf faulen Papieren im Bilanzwert von bis zu 816 Milliarden Euro. Während deutsche Politiker die Institute wieder einmal retten wollen, prüfen sich die US-Banken in einem sogenannten „Streßtest“ quasi selbst. Das Ergebnis: Alles halb so schlimm.

Vertrauen zurückzugewinnen sei eine der wichtigsten Herausforderungen, die es zur Bewältigung der Krise zu meistern gelte, so die einhellige Beurteilung von Politik und der Banken. Nur wenn wieder Vertrauen herrsche in die Stabilität des Finanzsektors, könne die Krise überwunden werden. Und an dessen Genesung hänge die gesamte Wirtschaft.

Daran gemessen brachte die vergangene Woche einen herben Rückschlag. Die in die Medien gelangte Problemliste der Finanzaufsicht Bafin, nach der deutsche Geldinstitute auf von der Krise betroffenen Papieren im Nennwert von 816 Milliarden Euro (mehr als das Dreifache eines Bundesetats) sitzen, hat für erhebliche Nervosität gesorgt.

Zwar bemühten sich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Bundesbankpräsident Axel Weber umgehend, die Wogen zu glätten: Die aufgeführten Papiere seien in ganz unterschiedlicher Weise krisengeschüttelt. Einige zählten zwar zu den „toxischen“, also quasi verlorenen Werten. Andere wären jedoch bloß zur Zeit „nur“ unter Wert handelbar und hätten Aussicht auf Erholung.

Die Echtheit der Liste wird indes nicht bestritten. Die Bafin hat wegen ihrer Veröffentlichung sogar Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Besonders hart sind die Landesbanken betroffen, die unter unsicheren

Papieren im Buchwert von 335 Milliarden Euro leiden, davon gut die Hälfte „toxische“ Anlagen. Privatbanken haben über 139 Milliarden unsichere Titel im Depot, davon 53 Milliarden Euro in toxischen Werten. Volks- und Raiffeisenbanken ächzen unter Wackelpapieren über 54 Milliarden Euro, davon 25 Milliarden toxisch. Allein die Pleitebank Hypo Real Estate schließlich sitzt auf kritischen Papieren für über 268 Milliarden Euro, die nicht näher aufgeschlüsselt wurden.

Kaum zur Beruhigung beigetragen haben dürfte eine Äußerung des Ersten Bürgermeisters von Hamburg, Ole von Beust (CDU). Die HSH Nordbank (Landesbank von Schleswig-Holstein und Hamburg) steht in der Bafin-Liste allein mit gefährdeten Papieren über 105 Milliarden Euro zu Buche, davon nach bisheriger Einschätzung 13 Milliarden in giftigen Werten. Trotz

des milliardenschweren Rettungspakets für die Nordbank wollte Beust vergangenes Wochenende einen Zusammenbruch des Insti-

Neuester Trick: Der Dezember '08 gehört zu keinem Quartal

tuts erstmals nicht mehr ausschließen. Dem Bremer „Weser-Kurier“ sagte er: „Ich hoffe, daß mit dem Paket die Krise abgewendet ist und die Bank gerettet wird. Aber garantieren kann ich das nicht.“

Mit Enthüllungen unsicherer Herkunft hat auch die US-Regierung zu kämpfen. Unter Berufung auf eine „undichte Stelle“ will ein amerikanisches Internet-Portal bereits Kenntnis bekommen haben vom Ausgang des sogenannten „Streßtests“ für Geldinstitute des

Landes. Danach seien 16 von 19 großen US-Banken praktisch pleite. Das Portal nennt detaillierte Zahlen, in welchem Umfang einzelne Häuser überschuldet sein sollen. Skepsis an dessen Behauptungen ist jedoch angebracht: Angesichts der Tatsache, daß sich die Banken selbst testen, ist es äußerst unwahrscheinlich, daß sich gleich 16 von 19 selbst ihre baldige Insolvenz attestieren.

US-Finanzminister Timothy Geithner hatte kurz zuvor für Unverständnis gesorgt, als er das Ergebnis des „Streßtests“ positiv bewertete. In Frankfurter Börsenkreisen wurde dies als Schönfärberei abgetan. Zu den guten Ergebnissen, welche große US-Finanzhäuser wie Goldman Sachs im April vorgelegt haben, hätten insbesondere legale Bilanztricks beigetragen.

Da ist zunächst die schlichte Bewertung der Papiere. Bislang

galt in den USA die Regel, daß Wertpapiere im Depot einer Bank zum jeweils aktuell gültigen Marktwert zu bilanzieren sind. In Zeiten, als sogar heute sogenannte Schrottpapiere immer höher gehandelt wurden, konnten sich die Banken täglich reicher rechnen. Mit dem Einbruch der Märkte lief diese Entwicklung nun rückwärts ab: Ständig mußten die Häuser ihren Besitzstand kleiner rechnen („abschreiben“), was immer mehr Institute in Bedrängnis brachte. Nun änderte Washington die Bilanzierungsregel. Kritikern zufolge ist es den Banken nun weitgehend selbst überlassen, wie hoch sie ihre Depots bewerten.

Überdies verschoben sich für die ehemaligen reinen Investmentbanken wie Goldman Sachs oder Morgan Stanley durch ihre Umwandlung zu „normalen“ Geschäftsbanken die Abrechnungsquartale um einen Monat. Zuvor dauerte das erste Quartal von Dezember bis Februar, nun von Januar bis März. Ein New Yorker Analyst meint, davon träumten Finanzchefs, denn nun hätten die Häuser ihre Verluste massenhaft in jenen Dezember verschoben, der quasi zu keinem Quartal mehr gehört.

Als Timothy Geithner kurz nach Amtsantritt den „Streßtest“ verkündete, sorgte dies kurzfristig für Aufregung im angeschlagenen Finanzsektor. Heute wächst eher die Sorge, daß der Test, mit dem bis Ende April die Überlebensfähigkeit der großen Banken überprüft werden sollte, zur Farce gerät. Hauptkritikpunkt ist, daß die Banken sich selbst zu überprüfen hatten. Im Lichte der oben genannten Buchungsspielräume sei der Schönfärberei damit Tür und Tor geöffnet.

Bild: vario Hans Heckel



Toxische Papiere: Erst in Jahren wird feststehen, welche Positionen wirklich wertlos sind.

US-Zeitungen mit dem Rücken zur Wand

Eine Stütze der Demokratie wankt: Massensterben der Qualitätsblätter befürchtet

Ich habe einen Albtraum“, gesteht die Lehrerin Julia Forbes, 49. „Ich erwache eines Morgens, öffne wie gewohnt die Wohnungstür, und meine ‚Los Angeles Times‘ liegt nicht mehr davor!“ Ihre Befürchtung ist mehr als berechtigt. Durch den Bankrott ihrer Inhaber sind neben der „L.A. Times“ bereits die „Chicago Tribune“, die „Minneapolis Star-Tribune“ und der „Philadelphia Enquirer“ bedroht. Und während die Ikone von allen, die „New York Times“, gerade von dem mexikanischen Milliardär Carlos Slim mit einer Finanzspritze von einigen hundert Millionen Dollar erstmal gerettet wurde, haben die Besitzer des „San Francisco Chronicle“ (mit einer Million Dollar Verlust pro Woche) gedroht, die Zeitung aufzugeben. Da immer mehr junge Leute sich über das Internet informieren und kaum noch Zeitungen abonnieren, bricht die Auflage weg. Zudem ist seit Beginn der Wirtschaftskrise das Anzeigengeschäft um gut ein Drittel zurückgegangen.

Das Zeitungssterben ist in den USA, obwohl seit längerem akut, plötzlich zu einem heißen Thema geworden. Denn es geht nicht nur um den Verzicht auf die gedruckte Morgenzeitung, sondern um das

mögliche Aussterben des professionellen Journalismus. Eines Berufes, den es seit antiken Zeiten gegeben hat, im Sinne von Schreibern, die ihre Umwelt beobachten, darstellen und kritisieren. Sie haben Könige, Despoten und Präsidenten wie Nixon gestürzt und sind die Wachhunde über Fehlhandlungen der Mächtigen sowie über die Rechte der Armen.

Am 20. April wurde in New York der alljährliche Pulitzerpreis verliehen. Er geht überwiegend an Autoren, die aufdecken. So gewann die „Los Angeles Times“ für eine Aufklärungs-Serie über die Feuer 2007 um Santa Barbara. Dort wurden gegen den Rat der Feuerwehrleute aus wahltaktischen Gründen gigantische Summen in nicht funktionierende Maßnahmen gesteckt, weswegen eine Fläche von über 600 Quadratkilometern, was nahezu der Größe von Hamburg entspricht, verbrannte.

„Was für eine Freude nach all den schlechten Nachrichten für die ‚Times‘“, sagt eine ihrer Autorinnen, Bettina Boxall, über den Gewinn des Preises. Seit die Besit-

zer der „L.A. Times“, „Tribune“ und Co. im Dezember Bankrott angemeldet hatten, Hunderte Mitarbeiter gekündigt wurden und weitere Sparmaßnahmen erwartet werden, herrscht in der Redaktion Chaos. Das stolze, 128 Jahre alte Blatt ist dünn und unsicher geworden. Der Kampf der Redakteure um Platz für ihre Beiträge gleicht einer täglichen Schlacht. Der regionale Kalifornien-Teil ist plötzlich in den Hauptteil geraten. Die

Außenpolitik dagegen befindet sich jetzt hinten bei den Nachrufen. Doch Chefredakteur Russ Stanton will einen Nachruf auf die „Times“ nicht wahrhaben. „Immer weniger Zeitungen machen investigative Serien und Berichte“, sagt er, „aber die ‚L.A. Times‘ wird immer eine von ihnen sein.“

Immer mehr Zeitungen stellen ihre Druckausgabe aus Kostengründen ein und sind nur noch im Internet zu lesen. Mißstände enthüllende wie gesellschaftspolitische Beiträge bedeuten oft monatelange, gar jahrelange Recherchen. Dafür eignet sich das oberflächliche, kurzlebige Internet nicht. Doch für die Druckausgaben sieht

Das Internet ist kein Ersatz

es nicht gut aus. Nach 16 000 gekündigten Journalisten in den USA 2008 wurden seit Anfang 2009 bisher stellungslos: 300 Mitarbeiter bei der „L. A. Times“, 205 beim „Miami Herald“, 150 beim „Kansas City Star“, 156 beim „Atlanta Journal Constitution“. Von Büroschließungen wie Einschnitten bei den Spesen ganz zu schweigen. Statt Erster-Klasse-Flügen und Luxushotels für Starjournalisten nur noch Economy und Motel.

„Wir betreten ein historisch unerforshtes Territorium in Amerika“, analysieren die Autoren John Nichols und Robert W. McChesney im Magazin „The Nation“ die journalistische Situation. „In einem Land, das seit seiner Gründung den Wert der Presse hochgehalten hat, nicht nur als Wachhund, sondern auch als ein entscheidender Beitrag für eine informierte Bürgerschaft. Einem Kollaps des Journalismus und der demokratischen Infrastruktur, die dies nach sich zöge, kann niemand tatenlos zusehen, außer vielleicht korrupte Politiker und die Interessengruppen, denen sie dienen. Solch eine Krise erfordert Lösungen. Wo sind sie?“

Dies herauszufinden wäre eine Aufgabe für den nächsten Pulitzerpreis. Liselotte Millauer

Energie-Partner

Moskau und Peking einig über Verträge

Rußland und China wollen in der Energiepolitik enger zusammenarbeiten. Vergangene Woche unterzeichneten Chinas Vize-Regierungschef Wang Qishan und sein russischer Amtskollege Igor Setschin in Peking einen Energieliefervertrag. Rußland verpflichtet sich, bis 2030 rund 300 Millionen Tonnen Öl etwas unter dem Weltmarktpreis nach China zu liefern und erhält im Gegenzug einen Kredit in Höhe von 25 Milliarden US-Dollar.

Diese Vereinbarungen sind erst der Beginn einer russischen Energiepolitik, die verstärkt auf den asiatischen Markt ausgerichtet ist. Seit 2008 hatte nicht zuletzt die sinkende Öl-Nachfrage aus dem Reich der Mitte dazu geführt, daß der Preis rapide sank. Was zu einem drastischen Einbruch der russischen Wirtschaft führte, deren wichtigstes Exportgut Öl und Gas sind.

Pessimistischen Prognosen über die Dauer der Wirtschaftskrise zum Trotz verfolgen die Ölkonzerne Rosneft und Transneft mit der chinesischen Bank für Entwicklung ehrgeizige Pläne für künftige

MELDUNGEN

Manager sollen haften

Berlin – Laut einem Beschluß der Großen Koalition müssen Manager künftig für selbstverursachte Schäden mit maximal einem Jahresgehalt haften. Bislang konnten sich die Direktoren gegen diese Haftung versichern. Erfolgsabhängige Boni dürfen laut Beschluß erst nach dem Ausscheiden aus der Firma ausgezahlt werden. Ausgenommen Familienunternehmen soll für den Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat überdies eine Karenzzeit von zwei Jahren gelten, so die Unterhändler von Union und SPD. H.H.

HSH findet keine Experten

Hamburg – Der Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Krise der HSH Nordbank findet keine kompetenten Fachleute aus der Finanzbranche. Grund: Bekamen die Pleite-Banker, die die Krise verursacht hatten, Millionengehälter, sollen die Aufarbeiter nun für das bescheidene Tarifgehalt eines Angestellten im Öffentlichen Dienst tätig werden, wozu sie überdies ihre bisherige Stellung für einen Zeitjob aufgeben müßten – mitten in der Krise. H.H.

Kanaren vor Jobdesaster

Madrid – Spaniens Arbeitslosenquote stieg im April auf 17,4 Prozent, Spitzenwert in der EU. Regional sind die Zahlen sehr unterschiedlich, je weiter südlich, desto schlimmer. Am besten schnitt das Baskenland mit 10,3 Prozent ab. Am höchsten ist die Erwerbslosigkeit auf den Kanarischen Inseln mit über 26 Prozent. Im Dezember 2007 lag hier die Quote noch bei zwölf Prozent. Den Kanaren steht ein harter Sommer bevor, denn die Hauptsaison im Tourismus, dem wichtigsten Geschäftszweig, ist dort gerade erst zu Ende gegangen. H.H.

An Lagerstätten in Sibirien interessiert

Projekte. Einer davon betrifft eine Abzweigung der Ölpipeline von Ostsibirien zum Stillen Ozean auf chinesisches Territorium. Die ersten Lieferungen über diesen Abzweig sind für Januar 2011 vorgesehen. Es ist nicht auszuschließen, daß Rußland mit chinesischem Geld ein Atomkraftwerk an der chinesischen Grenze bauen wird. Moskau hofft, daß russische Firmen am Bau von Raffinerien in China beteiligt werden. Erste Joint-Ventures bestehen bereits.

Die Chinesen wollen den Zugang zu den sibirischen Öl- und Gaslagerstätten. Aus russischer Sicht ist der Vertrag mit China ein hervorragendes Instrument, Investoren zu signalisieren, daß Rußlands Wirtschaft mit der Erschließung neuer Märkte wieder wachsen wird.

Während Igor Setschin den Energievertrag mit China unter Dach und Fach brachte, erteilte Präsident Dmitrij Medwedew der EU-Energiecharta eine Absage, falls seine Vorschläge nicht berücksichtigt werden. Moskau fühlt sich auf dem EU-Binnenmarkt benachteiligt. M. Rosenthal-Kappi

Kumpanei

Von Hans Heckel

Kritiker fanden von Beginn an keinen rechten Geschmack am neuen US-Finanzminister Timothy Geithner. Zu sehr war er in ihren Augen ein Geschöpf jener New Yorker Bankenwelt, die er nun eigentlich straff kontrollieren sollte.

Daß Obamas Mann fürs Geld den schwer ins Schlingern geratenen Instituten einen völlig legalen Weg geöffnet hat, ihre Bilanzen schönzurechnen, verstärkt den Eindruck von Kumpanei. Nun spricht einiges dafür, daß der mit großer Spannung erwartete „Streifst“ für Banken aus dem gleichen Holz ist. Dann aber kann er die zehrende Verunsicherung an den Weltfinanzmärkten kaum beenden helfen.

Damit wird die Führungsrolle der USA weiter untergraben, was nicht im Sinne Washingtons sein kann. Warum also treibt Geithner dieses unsägliche Versteckspiel? Eine Erklärung, die einem im Halse stecken bleiben möchte, wäre: Die Wahrheit ist zu schlimm, um sie ins gleißende Licht der Öffentlichkeit zu stellen. Lieber nimmt die US-Regierung weiter grassierendes Mißtrauen in Kauf. Und hofft, daß die Lage sich dennoch langsam entspannt, damit das Ende der Krise dem Offenbarungseid zuvor kommt.

EU: Das graue Ding

Von Rebecca Bellano

Charlie McCreevy steht für keine weitere Amtszeit zur Verfügung. Und Neelie Kroes auch nicht, ebensowenig Marian Fischer Boel. Ja und, werden jetzt die meisten sagen, wer sind überhaupt dieser McCreevy und die anderen? Wohl die wenigsten Deutschen wissen, daß es sich hier um EU-Kommissare handelt. Allenfalls Kommissionspräsident José Manuel Barroso ist ein bekanntes Gesicht, vielleicht auch noch der deutsche Industriekommissar Günter Verheugen. Dabei sollen diese Damen und Herren in Brüssel inzwischen 80 Prozent unserer Gesetze machen ... und wir hören ihren Namen jetzt, wo ihre Amtszeit zu Ende geht, zum ersten Mal.

Bei der letzten EU-Wahl gaben nur 43 Prozent der Deutschen ihre Stimme ab, 2009 sollen es noch weniger werden. Europaweit sieht es übrigens nicht besser aus. Insgesamt betrug die Wahlbeteiligung

2004 nur 34 Prozent. Eine gelebte Demokratie sieht anders aus.

Doch warum interessiert sich keiner für „die da in Brüssel“, die offenbar mehr Macht über unser Land haben als unsere eigenen, stets in den Medien präsenten Politiker und Minister in Berlin? In den Medien steht kaum etwas darüber, was dort entschieden wird. Sind also die Medien schuld? Also auch die PAZ?

Vielleicht auch mit, aber keineswegs nur. Wer über Brüssel schreiben will, erhält zwar von der EU Informationen, aber meistens sind sie nur auf Englisch oder Französisch und zudem abstrakt. Korrespondenten vor Ort scheint es kaum zu geben. Und so bleibt die EU ein intransparentes, graues Ding, das bei den meisten nur Langeweile auslöst. Doch das ist gefährlich für die Demokratie, Europa und somit auch für uns.

Polen wartet auf Käufer

Von Konrad Badenheuer

Für Ökonomen sind Investitionen in Immobilien etwas ebenso Positives wie Unspektakuläres: So wie jedes vernünftige Land Investitionen zur Schaffung von Produktionen ohne Ansehen der Herkunft des Investors wünscht und fördert, so müßte auch jedes rational agierende Land ausländische Immobilienkäufer willkommen heißen. Kaufkraft fließt zu, die Nachfrage läßt den Immobilienbestand als Ganzen im Wert steigen, und regelmäßig ziehen solche Käufe Investitionen nach sich: Wer Baugrundstücke erwirbt, wird meistens auch bauen, wer Gebäude kauft, wird oft investieren und immer auf eine wirtschaftliche Nutzung achten, damit die gebundenen Mittel Früchte tragen. In Ostmittel- und Osteuropa hat der Sozialismus

dieses kleine Einmaleins der Immobilienwirtschaft durcheinandergebracht. Nach 45 Jahren roter Indoktrination dachten Millionen Menschen im Osten (übrigens einschließlich der neuen Länder), daß Immobilienbesitz irgendwie verdächtig sei, weil der Eigentümer doch mindestens ein müheloses Einkommen – die vielzitierte „Bodenrente“ – im gierigen Sinne haben müßte.

Nicht nur die verquastenen Lehren von Marx und Engels bildeten den Boden solcher Vorstellungen, auch alte russische Traditionen verstärkten diese Sichtweise. In der Geschichte Rußlands war der Versuch, politische Macht zu ge-

winnen, nämlich jahrhundertlang aufs engste verbunden mit dem Streben der Potentaten, eigentumsähnliche Rechte über Land und sogar Leute zu gewinnen.

Im Falle Polens und der Tschechischen Republik wurde diese unguete Suppe noch mit der Angst vor ostdeutschen „Revanchisten“ scharf gepfeffert.

Die Folge: Während überall auf der Welt kaufwillige Investoren umworben sind, sahen die Verantwortlichen in Warschau und Prag im Vorfeld des EU-Beitritts jahrelang ein wichtiges Staatsziel darin, ausländische Immobilienkäufe auf Jahre hinaus zu unterbinden.

Und weil Deutschland seinerseits Angst vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit hatte, konnte sich diese unsinnige (und gegenüber deutschen Vertriebenen zudem ungerechte) Position in Form von Ausnahmeregelungen vom EU-Recht teilweise durchsetzen.

Gestern lief eine der großen Ausnahmen aus, der polnische Immobilienmarkt steht ausländischen Käufern jetzt weitgehend offen. Sozusagen pünktlich zum Stichtag sind die Preise im Keller, weil eine Spekulationsblase geplatzt ist. Da auch der Zloty eingebrochen ist, gibt es viele günstige Kaufmöglichkeiten. Das Beste: Nach guten Erfahrungen mit Deutschland und der EU sind deutsche Käufer in vielen Regionen der Republik Polen heute hochwillkommen.

Deutsche als Käufer von Immobilien jetzt in Polen willkommen



Häuserzeile im Zentrum von Allenstein: Seit dem 1. Mai 2009 sind die Beschränkungen für ausländische Immobilienkäufer weitgehend gefallen. Nur der Erwerb land- und forstwirtschaftlicher Flächen ist weiterhin kaum möglich.

Bild: imago

Kaum eine Nacht vergeht, ohne daß in Berlin ein Auto in Flammen steht. Anfänglich waren es vor allem Luxuswagen von Porsche oder Mercedes, die den Feuerattacken zum Opfer fielen. Mittlerweile scheinen die Brandstifter weniger wählerisch vorzugehen. Immer häufiger werden nun auch Mittelklassewagen, Familienautos oder Kleintransporter in Brand gesteckt. Es wird keine Rücksicht darauf genommen, ob das Feuer eventuell auf ein benachbartes Wohnhaus übergreifen könnte oder ob sich vielleicht sogar schlafende Menschen in den Autos aufhalten.

Wer hinter den nächtlichen Brandanschlägen steckt, ist kein Geheimnis. Die Täter stammen aus der linksextremen Szene. Für sie ist das „heiße Abwracken“, wie das Feuerlegen von ihnen zynisch genannt wird, Teil ihres Kampfes gegen das „kapitalistische System“ und die „staatliche Repression“.

Trotz bald 400 ausgebrannter Autos ist es den Sicherheitsbehörden in der Hauptstadt bisher noch nicht gelungen, auch nur einen Verantwortlichen dingfest zu machen. Wenn Feuerwehr und Polizei anrücken, sind die Täter schon lange auf und davon. Obwohl mittlerweile sogar der Staatsschutz ermittelt und hohe Belohnungen ausgesetzt wurden, blieb ein Fahndungserfolg bisher aus.

Die Szene fühlt sich dadurch sicher. Zunehmend scheinen sich die linken Feuerteufel sogar zu organisieren. Immer häufiger finden sich Bekenner schreiben einer linksextremen Gruppe mit dem Namen „BMW – Bewegung militanter Widerstand“. Selbstbewußt prahlen sie damit, wie viele „Nobelkarossen“ sie bereits „abgefackelt“ haben. Als Rechtfertigung führen sie kalt an, sich lediglich gegen die „Yuppisierung“ ihrer Stadt wehren zu wollen. Ihnen gehe es vor allem darum, die „Illu-

Auf ein Wort



Bedrohung vom linksextremen Rand ernstnehmen

Von JÖRG SCHÖNBOHM

sion“ zu zerstören, daß „alles in Ordnung sei“.

Die Gewaltbereitschaft der linken Chaoten steigt kontinuierlich. Dies ist nicht nur bei den alljährlichen Gewaltexzessen am 1. Mai zu beobachten. Als im vergangenen Monat die Regierungschefs der Nato-Mitgliedsländer zu einem Gipfel in Straßburg zusammenkamen, eskalierte die Situation auf der Straße.

Militante Gegner des Verteidigungsbündnisses lieferten sich erbitterte Straßenschlachten mit der französischen Polizei. Anschließend steckten die vermeintlichen Pazifisten nahe der französisch-deutschen Grenze ein Hotel in Brand, da es mutmaßlich einigen Polizisten als Quartier diente. Ebenso fielen eine Apotheke und eine Touristeninformation den Flammen zum Opfer. Für die verummten Steinerwerfer gab es kein Halten mehr. Sie plünderten eine Tankstelle, schmissen Fenster-

scheiben ein und warfen einen Brandsatz in ein altes Zollhaus an der Europabrücke. Die nackte Gewalt regierte auf den Straßen Straßburgs.

Immer häufiger ist im Vorfeld solcher Veranstaltungen ein regelrechter „Krawall-Tourismus“ zu beobachten. Zu internationalen Konferenzen und Gipfeltreffen reisen gewaltbereite Linksextreme aus ganz Europa an. Einziges Ziel: Provokation, Randal, Gewalt. Vor allem der sogenannte

„Schwarze Block“ nutzt immer wieder friedliche Proteste und Demonstrationen, um aus dem Schutz der Masse heraus Angriffe gegen die Polizisten zu starten.

Wie sehr sich der Linksextremismus und die autonome Szene zu einer Gefahr für die innere Sicherheit entwickelt haben, macht ein Blick in den Verfassungsschutzbericht deutlich. Demnach gibt es in Deutschland über 30 000 Personen, die linksextremistischen Organisationen zuzurechnen sind. Als gewaltbereit gelten rund 6300 Personen, darunter bis zu 5000, die sich selbst als Autonome bezeichnen.

Auch die Zahlen, die zuletzt durch das Bundesinnenministerium vorgelegt wurden, sind besorgniserregend. Über 6700 Straftaten wurden 2009 durch Linksextremisten begangen. Freilich liegt die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten mit über 20 000 weit darüber. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß diese Zahl alle Fälle von Propagandadelikten mit einschließt, die mittlerweile knapp 70 Prozent aller rechten Straftaten ausmachen.

Obwohl sich die Fallzahlen für politisch motivierte Kriminalität – von rechts wie von links – schon lange auf hohem Niveau bewegen, sind sie 2008 nochmals um 11,4 Prozent angestiegen. Dieses Problem müssen wir ernstnehmen und dürfen es nicht verharmlosen.

Die Berliner Brandanschläge werden weder spontan noch von alkoholisierten Einzeltätern aus einer Bierlaune heraus ausgeführt, wie uns der Berliner Innensenator glauben machen will. Die Brandan-

schläge sind gezielte Attacken auf unser Sicherheitsgefühl, auf unsere Gesellschaftsordnung und auf unsere Demokratie.

Für die Autonomen ist der Staat der Feind, der bekämpft werden muß – mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Bundesrepublik Deutschland ist in ihren Augen nicht mehr als ein durch Rassismus, Faschismus und Kapitalismus geprägter Repressionsapparat.

An die Stelle unserer jetzigen Gesellschaftsordnung soll nach Vorstellung der Linksextremisten – je nach ideologisch-politischer Orientierung – eine sozialistische, eine marxistisch-kommunistische beziehungsweise eine revolutionär-anarchistische Gesellschaft treten. Strukturelle Gewalt wird als legitimes Mittel angesehen, um das vermeintliche „Zwangs- und Unterdrückungssystem“ zu überwinden.

Die Szene ist buntgemischt. Vereint in der „Systemgegnerschaft“ tummeln sich Stalinisten, Maoisten und Troztkisten. Es gibt die eher orthodoxen marxistische Gruppen, die das klassische Konzept des langfristigen „Klassenkampfes“ propagieren; es gibt aber ebenso die anarchistisch geprägten Autonomen, die für ein vermeintlich freies und selbstbestimmtes Leben in einer herrschaftslosen Nicht-Ordnung eintreten und jegliche Form staatlicher oder gesellschaftlicher Normen ablehnen. In anderen Ländern überschreiten

autonome Gruppen in ihrem „antifaschistischen Kampf“ gegen die staatliche und wirtschaftliche Ordnung immer häufiger die Grenze zu terroristischen Gewaltakten. Alleine in Griechenland, Spanien und Italien kam es im vergangenen Jahr zu 28 Terroranschlägen durch Linksextremisten. Zumeist waren Einrichtungen von Unternehmen oder Regierungen Ziel der Anschläge.

Wer denkt, daß in Deutschland das Kapitel des linken Terrorismus mit der Auflösung der RAF zu Ende gegangen sei, der täuscht sich. Bis vor kurzem ermittelte das Bundeskriminalamt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen die linksextreme „militante gruppe“ (mg).

Wir müssen die Bedrohung durch extremistische Kräfte in unserem Land ernstnehmen. Die Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, lehren uns, daß wir eine wehrhafte Demokratie sein müssen. Unser entschlossenes

Vorgehen gegen Gruppierungen am rechten Rand zeigt erste Erfolge. So konnten zuletzt die Nazi-Aufmärsche zum „Heldengedenken“ auf der Kriegsgräberstätte in Halbe erfolgreich verhindert werden. Zudem haben die Verbote von Vereinigungen wie der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ beziehungsweise des „Collegium Humanum“ die rechtsextreme Szene erschüttert. Der drohende finanzielle Kollaps der NPD beweist, daß wir mit der politischen Bekämpfung des Rechtsextremismus den richtigen Weg beschritten haben.

Wir müssen die Bedrohung durch den Linksextremismus ebenso ernstnehmen wie die Bedrohung durch den Rechtsextremismus. Nur indem sich unsere Demokratie als wehrhaft erweist, werden wir unsere Werte und unsere Überzeugungen erfolgreich verteidigen können.

Unsere Demokratie muß sich als wehrhaft beweisen

Auf diesen Preußen hörten US-Präsidenten

Carl Schurz war neben Henry Kissinger der bedeutendste deutschstämmige Politiker in den Vereinigten Staaten

Der „48er“ Carl Schurz war ein Demokrat, der nach seiner Flucht aus Preußen in der US-Politik eine für einen Deutschen einmalige Karriere machte.

Nie hätte der 20jährige Carl Schurz beim Schreiben seines Abschiedsbriefes an seine Eltern gedacht, daß das Leben noch so viele Prüfungen für ihn bereithalten würde. Als er am 21. Juli 1849 die vermeintlich letzten Zeilen an seine Familie schrieb, ging er von seiner baldigen Erschießung durch ein preußisches Standgericht aus. Als Adjutant des Festungskommandeurs der revolutionären badisch-pfälzischen Armee in der Festung Rastatt rechnete der 1829 in der preußischen Rheinprovinz Geborene nicht mit Gnade. Doch Schurz sollte nicht zu jenen 19 Revolutionären zählen, die nach der Eroberung der Festung zum Tode verurteilt wurden: Ihm gelang die Flucht durch einen Abwasserkanal aus der Stadt und dann in die Schweiz.

Obwohl der Student dem Tode so nahe gewesen war, war sein Idealismus größer als seine Vernunft. Und so blieb er nicht lange im Schweizer Exil. Mit dem Paß eines Verwandten reiste er über Umwege in die preußische Hauptstadt, um dort seinen inhaftierten Professor Gottfried Kinkel zu befreien. Dieser war die Symbolfigur der Republikaner. Ihn befreite Carl Schurz aus dem Gefängnis im Zentrum des monarchistischen Preußens, und gemeinsam flohen sie ins europäische Ausland. Da selbst die Franzosen den für demokratische Rechte eintretenden Schurz als zu renitent empfanden, ging es weiter nach London, wo er seine spätere Frau kennenlernte. Die aus Hamburg stammende Fabrikantentochter Margarethe Meyer pflegte dort gerade ihre erkrankte Schwester Bertha, die ihren Hamburger Mann verlassen hatte, um mit dem exkommunizierten Priester Johannes Ronge unter den Exilanten in London zu leben. Nach einiger Überzeugungsarbeit bei Margarethes Familie heirateten die beiden, und dank ihrer Mitgift hatten sie auch das Startkapital, um in den USA einen Neuanfang zu wagen.

„Im September 1852 betrat er – 23 Jahre alt – amerikanischen Boden, gemeinsam mit seiner 19jährigen Frau Margarethe, die fünf

Jahre später den ersten Kindergarten Amerikas gründete. Im Selbstunterricht lernte er die englische Sprache. Danach beteiligte er sich aktiv am amerikanischen politischen Leben. Bald galt er in der neuen Heimat als Sprecher der

stiegt der Ungediente zum Generalmajor auf, was ihm den Neid der militärischen Führungsriege einbrachte, die auch prompt die Leistungen seiner Division schlechtredete. Allerdings ging Schurz auch nicht mit voller Kon-

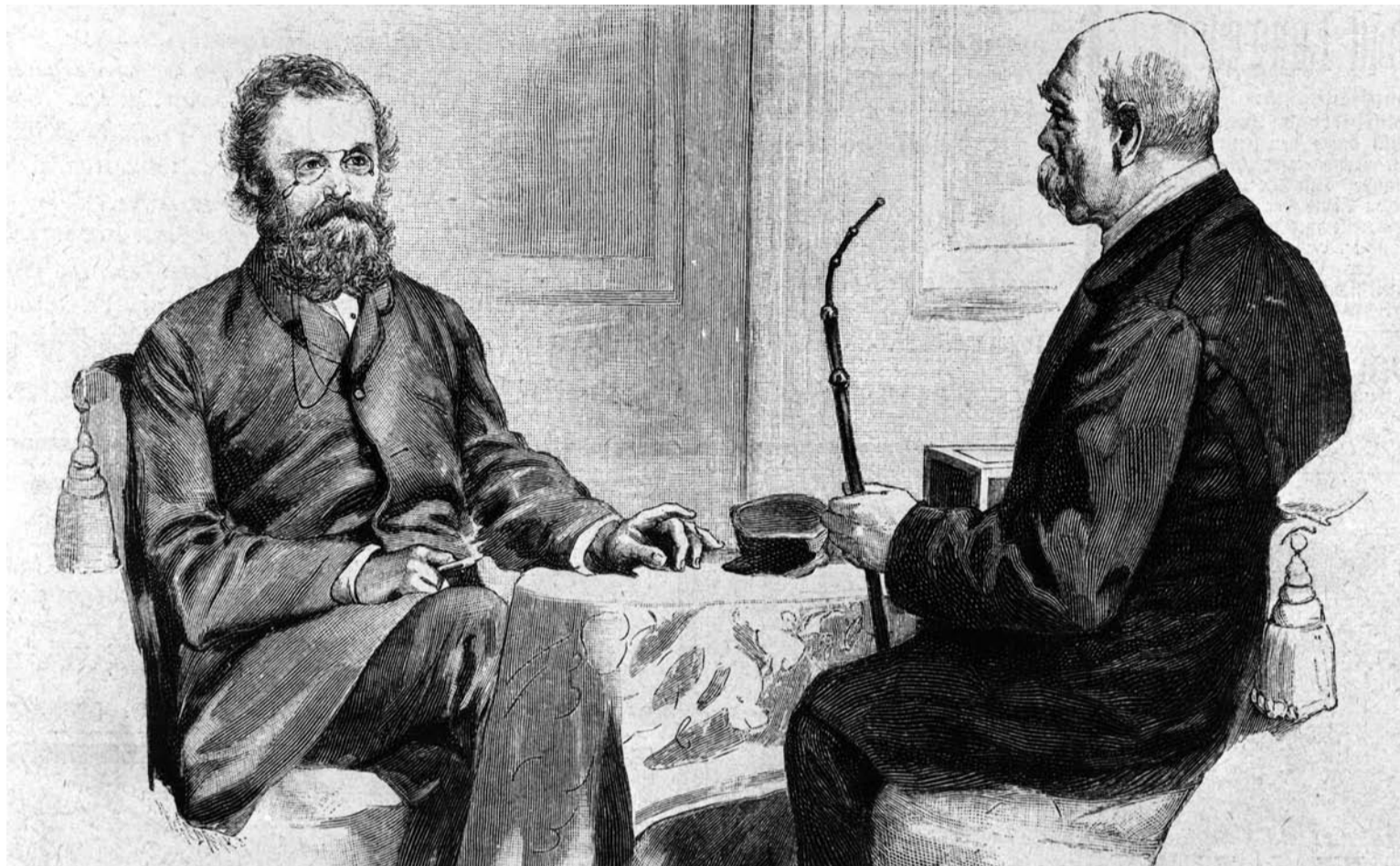
schränkt, – man bekämpft sie nicht mit der Waffe der offiziellen Gewalt, sondern einfach mit der öffentlichen Meinung.“ An der Bildung der öffentlichen Meinung beteiligte sich Schurz massiv. Zwar hatte er zeitweise versucht,

Südstaaten-Politik. Johnsons Nachfolger im Weißen Haus, der Bürgerkriegsgeneral und Republikaner Ulysses Grant, wurde zu Schurz' Antiheld, da unter seiner Regierung in den Jahren 1869 bis 1877 die Korruption extreme Aus-

leiteten auch ihn. Auch wenn man in den USA seine Vorschläge zum Naturschutz belächelte. Doch seine als „preußisches Reglement“ verspotteten Pläne sollten seinen Amtsnachfolgern bei der Einrichtung von Waldschutzgebieten und dem Aufbau einer Bundesforstverwaltung helfen. Bei der in sein Ressort fallenden Indianerfrage vertrat Schurz die Linie, daß zwei Parteien nicht bei der Lösungsfindung zu berücksichtigen seien: einerseits die Indianergegner und andererseits die Philanthropen, da ihre weltfremden Ideen niemandem dienen würden. Am realistischen wäre langfristig die Assimilation der Indianer, so Schurz, da nur diese es den Ureinwohnern ermöglichte, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Mit Hayes Amtszeit als Präsident 1881 endete auch Schurz' Zeit in Washington. Als Journalist und unabhängiger Politiker wurde Schurz für alle folgenden US-Präsidenten zu einem aus ihrer Sicht lästigen Mahner. Keiner der Präsidentschaftskandidaten, die er in den folgenden Jahren unterstützte, gewann die Wahl. Doch Schurz war deswegen nie der Meinung, daß er auf das falsche Pferd gesetzt hätte. So war nun einmal Demokratie, und wenn die Masse der Wähler anderer Meinung war, dann war es seine Aufgabe, sie zur richtigen hinzuführen. Allerdings erreichte er die Massen nicht mehr.

In Briefen an den damaligen US-Präsidenten William McKinley und in seinen Leitartikeln geißelte er 1898 im Krieg gegen Spanien die ständige Berufung der USA auf „nationale Ehre“ und den „amerikanischen Patriotismus“. Die Behauptung, daß es ein „Akt der Vorsehung“ sei, daß die USA ihre Macht zur Verbreitung ihrer Prinzipien einsetze, bezeichnete Schurz als an der „Grenze zur Blasphemie“ und „Flucht aus der Verantwortung“. Zwar korrigierten die USA nicht ihren imperialistischen Kurs, doch das änderte nichts daran, daß Schurz über seinen Tod hinaus in den USA hoch geachtet wurde und noch wird. Nach dem deutschen Amerikaner, der Lincolns Leitspruch der „Regierung des Volkes, mit dem Volk, für das Volk“ lebte, sind nicht nur in den USA zahlreiche Straßen, Plätze, Schulen und Berge benannt. *Rebecca Bellano*



Anerkannt: Senator Carl Schurz (links) im Gespräch mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck 1869

Bild: pa

Deutscheramerikaner. Diese waren für US-Politiker besonders wichtig, da sie wegen ihrer großen Zahl bei knappen Wahlergebnissen den Ausschlag geben konnten“, so Schurz-Biograph Rudolf Geiger.

Zwar gehört Schurz mit zu den Gründern der Republikanischen Partei, doch das bedeutet nicht, daß er sich der Partei stets verbunden gefühlt hätte. Er vergab seine Gunst nur an jene, die seinen Idealen folgten. Auf Präsident Abraham Lincoln hielt er zwar große Stücke, befolgte aber selten dessen Wünsche. So hatte ihn dieser als US-Botschafter nach Spanien entsandt, doch als der Krieg zwischen den Vereinigten und den Konföderierten Staaten von Amerika ausbrach, verließ Schurz gegen den Willen des Präsidenten 1862 Spanien, um mit einer Freiwilligenarmee aus Deutschen gegen die Konföderierten zu kämpfen. Innerhalb weniger Monate

zentration ans militärische Tagewerk. Fast täglich schrieb er nebenbei Lincoln seitenlange Briefe, in denen er diesem Ratsschläge erteilte, wie dieser das Land zu führen habe. Selbst dem geduldigen Lincoln platzte eines Tages der Kragen und es herrschte kurze Zeit Funkstille zwischen dem Mann im Weißen Haus und seinem deutschen Berater. Diese hielt jedoch nur kurz – es war Lincoln, der sich bei Schurz für seine Reaktion entschuldigte.

Schurz Lieblingswaffe war und blieb bis zu seinem Tode 1906 – zu dem neben US-Präsident Theodore Roosevelt auch Prinz Heinrich von Preußen kondolierte – das Wort. „Die Demokratie statuiert die Freiheit eines jeden Bekenntnisses, so lange es nicht die bürgerliche Freiheit anderer be-

als Landverkäufer seinen Lebensunterhalt zu verdienen, doch schnell merkte er, daß er als Vortragsredner viel besser sein Auskommen erwirtschaften konnte. Auch als Zeitungsherausgeber und Schriftsteller war der Schreiblustige einige Jahre aktiv. So manches Mal war jedoch offen, wie er den Lebensunterhalt für sich und seine Familie – er hatte zwei Töchter und zwei Söhne – verdienen würde. Seine Art, nur seinen Überzeugungen zu folgen, verstärkte die Nervenkrankheit seiner Frau, die nicht zu Unrecht immer fürchtete, ihr Mann würde in Ungnade fallen.

Als nach der Ermordung Lincolns der Demokrat Andrew Johnson ins Weiße Haus kam, überwarf sich Schurz mit ihm wegen seiner unstrukturierten, halbherzigen

maße annahm. Inzwischen selbst für die Republikaner im Senat (1869–1875) machte Schurz Front gegen Grant. In dem Republikaner Rutherford B. Hayes sah er – inzwischen Wortführer der Liberal Republicans – einen Hoffnungsträger und unterstützte diesen deshalb bei dessen Wahl zum Präsidenten. Hayes machte Schurz auch sofort nach seinem Wahlsieg 1877 zum „Secretary of the Interior“ (Innenminister), womit er der erste Deutsche war, der in den USA ein so hohes Amt bekleidete. Nach einer längeren politischen Durststrecke fand Schurz somit nicht nur wieder das Ohr eines US-Präsidenten, sondern konnte auch endlich selbst Politik gestalten. Der inzwischen verwitwete Schurz – Margarethe starb 1876 bei der Geburt ihres vierten Kindes – hatte immer noch engen Kontakt mit den in den USA im Exil lebenden 48ern. Ihre Ideale

Der Idealist machte sich viele Feinde

sich und seine Familie – er hatte zwei Töchter und zwei Söhne – verdienen würde. Seine Art, nur seinen Überzeugungen zu folgen, verstärkte die Nervenkrankheit seiner Frau, die nicht zu Unrecht immer fürchtete, ihr Mann würde in Ungnade fallen.

Als nach der Ermordung Lincolns der Demokrat Andrew Johnson ins Weiße Haus kam, überwarf sich Schurz mit ihm wegen seiner unstrukturierten, halbherzigen

»Von der Sowjetunion lernen, heißt wählen lernen«

Vor 70 Jahren brachte der Betrug bei den DDR-Kommunalwahlen vom 7. Mai die Bürgerrechtler auf die Straße

Für Karl Wilhelm Fricke war es die „Zäsur für das Umschlagen von Opposition in Revolution“, für Thomas Küttler „der heimliche Wendepunkt“, von dem an „alles nur noch ein Todeskampf“ war, und für Hans Michael Kloth schließlich der Auslöser für einen „Paradigmenwechsel von Liberalisierungs- hin zu Demokratisierungsforderungen“, die „Transformation der noch allgemeinen Regimekritik zu einer breiten, politischen Demokratiebewegung“, den Sprung der Opposition gegen die SED aus der gesellschaftlichen Marginalität. Das Ereignis, dem hier eine derart große Bedeutung beigemessen wird, ist die DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 beziehungsweise das Aufbegehren in der Bevölkerung gegen die offensichtliche Fälschung ihres Ergebnisses durch die Machthaber.

Von kaum zu unterschätzender Bedeutung waren dabei die internationalen Rahmenbedingungen. „Von der Sowjetunion lernen,

heißt siegen lernen“, hatte die SED seit 1951 ihren Untertanen eingeblutet. Nun fanden wenige Wochen vor der DDR-Kommunalwahl, nämlich im März 1989, in der Sowjetunion Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten statt, in denen die Bürger erstmals zwischen mehreren Kandidaten auswählen konnten. Angesichts der jahrzehntelang postulierten Vorbildlichkeit der UdSSR war es der SED nicht möglich, der Bevölkerung auch nur halbwegs plausibel zu vermitteln, warum für die DDR-Wahlen vom Mai jenes Jahres dieses neue System nicht übernommen werden sollte.

Doch nicht nur ideologisch, sondern auch machtpolitisch erodierte die Autorität der SED. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und dessen Niederschlagung hatten deutlich werden lassen, daß die Macht der SED auf der Unterstützung der Sowjets beruhte. Nun erweckte allerdings die Entwicklung in anderen Satellitenstaaten der UdSSR den Eindruck, daß die

Sowjets gar nicht auf undemokratischen Wahlen bestehen.

So erklärte sich das Zentralkomitee der USAP, der ungarischen Entsprechung der SED, im März 1989 zur Einführung eines Mehrparteiensystems bereit und schlug die Bildung eines Runden Tisches vor, an dem die Diskussion über das zukünftige Wahlsystem eine zentrale Rolle einnehmen sollte. Ähnliches geschah in Polen. Am 4. April 1989 einigten sich dort Regierung und „Solidarität“ auf einen Modus

für die im Juni anstehenden Wahlen, welcher der PVAP, der polnischen Entsprechung der SED, und deren Blockparteien zwar die Mehrheit garantierte, der Opposition jedoch eine starke parlamentarische Vertretung sicherte. Zudem sollte die Auszählung der Stimmen durch Vertreter der Opposition kontrolliert werden.

Trotz dieser unübersehbaren Schritte im sozialistischen Lager

Richtung Demokratie glaubten die DDR-Machthaber wie zu Leonid Breschnevs Zeiten dem Volke eine Liberalisierung – auch bei den Kommunalwahlen – vorenthalten zu können. Besonders beschämend und auch absurd bei diesem Urnengang war, daß sich das Regime nicht mit einer undemokratischen Durchführung begnügte, sondern glaubte, dessen Ergebnis

auch noch fälschen zu müssen.

Bei der Reaktion der Bürgerrechtler auf die Wahlfälschungen kam es erstmals seit 1953 zu flächendeckenden nicht von der Staatsmacht organisierten Aktionen. Die Stasi sprach entsetzt von einem „stabsmäßigen organisierten und koordinierten Vorgehen“. Erstmals wurde bei dieser Kommunalwahl des 7. Mai 1989 der systematische Versuch unternommen, die Staatsmacht bei der Handhabung der Wahl zu kontrollieren. So registrierte die Stasi al-

Der Anfang vom Ende der DDR

lein in den drei Ost-Berliner Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Mitte 131 Wahlbeobachter. In Leipzig wurden über 160 Wahllokale überwacht. Ähnliche Wahlbeobachtungen gab es auch in Dresden, Rostock, Erfurt, Weimar, Jena oder Plauen, und auch in kleinen Dörfern, wo der Schutz der Anonymität geringer war, fanden Einwohner den Mut, den Wahlverantwortlichen genauer auf die Finger zu schauen. Durch diese systematische Beobachtung von Wahl und Auszählung sowie den Abgleich der Zahlen der einzelnen Wahllokale mit den von der Staatsmacht bekanntgegebenen konnte die DDR-Führung der Wahlfälschung überführt werden.

Anfänglich äußerten die Bürgerrechtler ihre Kritik an dieser Fälschung sanft, legal und systemimmanent. Als sie jedoch erkennen mußten, daß die Staatsmacht nicht konstruktiv reagierte, wurde die Kritik massiver. Schließlich trieb ihr Protest die Bürgerrechtler in

Leipzig und Berlin auf die Straße. Die Versuche, mit Massenverhaftungen und Übergriffen der Sicherheitskräfte gegen die monatlichen Straßenproteste in der Hauptstadt vorzugehen, erwiesen sich als kontraproduktiv, weil sie zu Solidarisierungseffekten bei unbeteiligten Passanten führten. Der Funke sprang auf die Bevölkerung über.

Die Leipziger Aktionen vom 7./8. Mai gerieten so zum wichtigsten Vorläufer der „Montagsdemonstrationen“. Die Berliner „Wahldemo“ vom 7. Oktober 1989 – genau fünf Monate nach der Kommunalwahl und am 40. Gründungstag der DDR – wurde zum Auslöser der ersten wirklichen Massendemonstration in der „Hauptstadt der DDR“. Sie offenbarte vier Jahrzehnte nach Gründung der DDR vor den Augen der Welt die Diskrepanz zwischen Propaganda und Wirklichkeit, zwischen Regime und Volk. Der Anfang vom Ende wurde sichtbar. *Manuel Ruoff*

Er durfte sogar Schlachten verlieren

Heinrich August de la Motte Fouqué genöß das besondere Vertrauen und Wohlwollen Friedrichs II.

Heinrich August de la Motte Fouqué verband eine jahrzehntelange vertrauensvolle Beziehung mit Friedrich dem Großen. Dessen Anhänglichkeit ging soweit, daß sie sogar des Generals Niederlage in der Schlacht bei Landeshut überdauerte.

Es ist verbürgt: Fast immer wenn Friedrich der Große zwischen 1763 und 1774 in Richtung Magdeburg unterwegs war, machte er in der Stadt Brandenburg Station. Im Domstift auf der Havel-Insel besuchte er seinen alten Vertrauten Heinrich August de la Motte Fouqué. Friedrich II. war da längst nicht mehr der junge, dynamische Reformier, sondern eher der Alte Fritz, von allerlei körperlichen Gebrechen gequält. Und Motte Fouqué nicht mehr der verwegene General, sondern ein älterer Herr im Rollstuhl. Den König und den General im Ruhestand verband eine Art Freundschaft. Es sei mal dahingestellt, ob Freundschaft wirklich das treffende Wort ist, denn Friedrich tat sich außerordentlich schwer, selbst ihm sympathische Zeitgenossen auf gleicher Augenhöhe zu behandeln.

Seit früher Jugend kannte er Motte Fouqué, der als Page im Hause des Fürsten Anhalt-Dessau aufwuchs. Auch während der Inhaftierung des Kronprinzen auf der Festung Küstrin ließ der adlige Offizier den Kontakt nicht abreißen. Ob das mit Billigung des Soldatenkönigs geschah, der mit diesem Arrest auf die geplante Flucht Friedrichs nach England reagierte, ist unbekannt. So gehörte denn auch der junge Mann aus der alten Hugenotten-Familie während Fritzens Rheinsberger Jahre zu dem Kreis handverlesener Offiziere, Künstler und Wissenschaftler, in denen der damals noch junge Fritz mehr Berater und Gleichgesinnte als Untergebene sah. Mehr noch – Motte Fouqué zählte zu den Gründungsmitgliedern eines Geheimordens, dem neben Friedrich auch die Prinzen Wilhelm August und Heinrich angehörten. Der in Den Haag geborene Baron wurde sogar zum Großmeister erhoben. Als Devise wählten die Jungadligen „Sans peur – sans reproche“ – „Ohne Furcht und Tadel“.

Motte Fouqués Geburtsjahr ist umstritten. Manchmal ist nämlich neben 1698 auch 1689 zu lesen. Sollte 1689 stimmen, würde in diesem Jahr der 320. Geburts-



Feldherr und Vertrauter des Königs: Heinrich August de la Motte Fouqué

Bild: Archiv

tag des preußischen Generals liegen.

Im Laufe der Jahre war Motte Fouqué Stufe um Stufe die militärische Karriereleiter emporgestiegen. Lediglich unterbrochen von einer „dänischen Episode“. Er hatte sich nämlich mit seinem „Ziehvater“, dem Alten Dessauer, überworfen und trat deshalb in die Dienste des Königshofes von Kopenhagen. Als 1740 Friedrich II. den Berliner Thron bestieg, kehrte er jedoch sofort zurück und stellte sich seiner Majestät als Offizier zur Verfügung. An allen wichtigen Schlachten der Schlesischen Kriege hat er teilgenommen. Im Siebenjährigen Krieg kämpfte er für seinen König auch in Kunersdorf und vor Prag. Hochgeachtet, selbst wenn manche der

Schlachten für Preußen verloren-gingen.

Im Juni 1760 hatte ihm Friedrich eine besonders heikle Aufgabe gestellt. In der Nähe der niederschlesischen Stadt Landeshut sollte er die österreichischen Streitkräfte aufhalten, am besten gleich ganz vernichten. Den 8000 Preußen standen aber 32000 Soldaten in Diensten von Maria Theresia gegenüber. Wer über Landeshut verfügte, kontrollierte die Verbindung zwischen Preußen-Brandenburg und Böhmen-Sachsen. Für Friedrich, der ohnehin in dieser Zeit nicht sonderlich vom Kriegsglück verwöhnt wurde, eine lebenswichtige Nachschublinie. Auch in Landeshut blieb den Preußen der Erfolg versagt. 800 preußi-

sche Soldaten sind an jenem 23. Juni am Bober gefallen, fast 2500 wurden verwundet. Unter letzteren war auch Motte Fouqué, der Verletzungen an Kopf und Schulter davontrug.

Sein Reitknecht soll ihn mit dem Körper vor den Säbelhieben gegnerischer Reiter geschützt haben. Wollt ihr denn den kommandierenden General umbringen, soll der „brave Mann“ geschrien haben. Der österreichische Dragoner-Oberst Voit rettete Fouqué. Die vaterländisch-deutsche Geschichtsschreibung will wissen, daß der Oberst dem Verwundeten sein bestes Pferd angeboten habe. Der Preuße lehnte allerdings ab mit der Begründung, er würde das schöne Sattelzeug mit seinem Blut beschmieren. Darauf

der Österreicher: „Dann wird es mit dem Blut eines Helden gefärbt.“ Und als ein einzelner gegnerischer Offizier den General beleidigte, soll sich das ganze Offizierskorps bei Fouqué entschuldigt haben. Der zuckte laut Überlieferung lediglich mit den Schultern: „Lassen Sie ihn sprechen, meine Herrn. Das geht so im Kriege. Heute mir, morgen dir!“ So höflich begegneten sich Anno dazumal die Offiziere gegnerischer Armeen – so wird es ihnen zumindest nachgesagt. Eine Anekdote, ganz im Sinne der Hof-Historiographen aus dem Hause Hohenzollern.

Den preußischen General brachte man als Kriegsgefangenen nach Wien. Standesgemäß lebte er dort im Schloßchen Trautmannsdorf des Feldmarschalls Batthyányi. Über seine Auslieferung an Berlin wurde verhandelt. Man vereinbarte ein Lösegeld – zu zahlen in holländischen Gulden. Preußische Taler waren in ihrem Wert so sehr gesunken, daß sie von Wien als minderwertig abgelehnt wurden. Die Freilassung kam indes zu Kriegszeiten nicht mehr zustande. Der Gefangene habe seinen König Friedrich zu sehr gelobt und sich zu Ausfällen gegen die Donaumonarchie hinreißen lassen, wird es später heißen. So wurde Motte Fouqué auf die Festung Karlstadt in Kroatien gebracht und kam erst 1763 wieder frei – nach dem Frieden von Hubertusburg.

Trotz der Niederlage von Landeshut nahm ihn Friedrich der Große wohlwollend bei Hofe auf. Das ist ungewöhnlich, denn vom König ist bekannt, daß er mit Verlierern ausgesprochen ungnädig umging. Da machte die eigene Familie keine Ausnahme, wie das Beispiel seines Bruders August Wilhelm zeigt. General Motte Fouqué wurde dagegen zum Domprobst in Brandenburg an der Havel ernannt; seinen militärischen Rang behielt er. Am 3. Mai 1774 ist er gestorben.

Eine Gedenktafel im Hof des Doms erinnert an den Vertrauten des Königs. Wie wichtig ihm sein General war, zeigte Friedrich II. Jahre später. Der König übernahm die Patenschaft über den Enkel: Friedrich de la Motte Fouqué wird Anfang des 19. Jahrhunderts einer der meistgelesenen deutschen Schriftsteller.

K. Chemnitz

Deutschlands erster Stromversorger

Vor 125 Jahren, am 8. Mai 1884, wurde in Berlin mit der AG Städtische Elektrizitätswerke (A.G.StEW) Deutschlands erstes Elektrizitätsversorgungsunternehmen gegründet. Gründerin war die Deutsche Edison-Gesellschaft, die spätere Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG). Im Auftrag der Stadtverwaltung übernahm die Neugründung die Stromversorgung Berlins. Mit der Zentrale in der Markgrafenstraße 44 entstand das erste öffentliche Elektrizitätswerk Deutschlands.

1887 übernahm die AEG die Verwaltung der A.G.StEW, aus der die Berliner Elektrizitätswerke (BEW) wurden. Die Anlagen der BEW einschließlich eines großen Teiles der Mitarbeiter wurden 1915 von Berlin übernommen. Sie arbeiteten nun unter der Bezeichnung Städtische Elektrizitätswerke Berlin (StEW). Die BEW selber behielt ihre Beteiligungen und wurde eine Holding. BEW stand nun für „Bank Elektrischer Werte“. 1923 kam es insoweit zu einer teilweisen Reprivatisierung, als nun die Stadt die Berliner Städtische

Heute Eigentum des schwedischen Staates

Elektrizitätswerke Akt.-Ges. (Bewag) gründete, welche die Anlagen der StEW von ihr pachtete. 1934 wurde diese Bewag mit der Berliner Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft (Bekula) zur Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft fusioniert. Nach der Verschmelzung hieß das Unternehmen Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auch dieses Unternehmen zwischen Ost und West geteilt, wobei der westliche Teil der alleinige Rechtsnachfolger war. Sein Sitz wurde das im Westteil Berlins gelegene Shell-Haus. Bis zum Ende der Berliner Teilung versorgte das Unternehmen den Westteil Berlins mit Strom, danach die ganze Stadt, wobei es zu einer Wiedervereinigung mit dem Ostteil des Unternehmens kam. 1997 wurde die Bewag vollständig privatisiert. Die privatisierte Bewag wurde 2002/03 mit anderen Unternehmen zur Vattenfall Europe AG fusioniert, die sich im Besitz von Vattenfall AB befindet, einem schwedischen Staatsunternehmen.

M. R.

Bismarcks »Draht nach St. Petersburg« gekappt

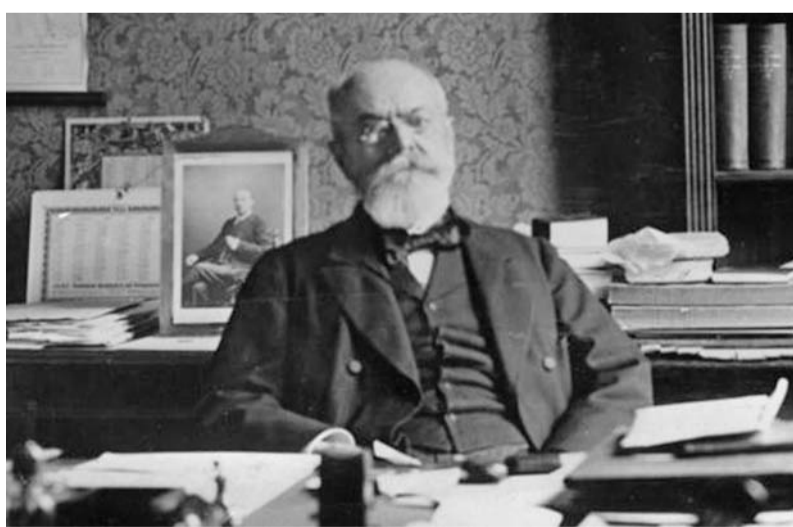
Vor 100 Jahren starb Friedrich August v. Holstein – Nach dem Sturz des Reichsgründers Graue Eminenz des Außenministeriums

Nach dem Ersten Weltkrieg stand die von der Niederlage geschockte deutsche Nation vor der Frage, wie es zu dem katastrophalen Zweifrontenkrieg hatte kommen können. Strahlender denn je stand der Reichsgründer da, der schon lange vor dem Kriegsausbruch vor einer russisch-französischen Koalition gewarnt hatte. Als Gegenspieler des „Eisernen Kanzlers“, der diesen gestürzt und anschließend als Graue Eminenz der deutschen Außenpolitik Deutschland aus dem Bismarckschen Bündnisystem in die Isolation getrieben habe, wurde auf der anderen Seite der starke Mann des Auswärtigen Amtes nach Otto von Bismarcks Sturz, Friedrich August von Holstein, dämonisiert.

In dem Maße wie heute, nach dem Zweiten Weltkrieg, Bismarcks Außenpolitik von der herrschenden deutschen Geschichtsschreibung kritischer gesehen wird, wird umgekehrt Holstein nicht

mehr verdammt. So sei sein Einfluß auf die außenpolitischen Fehler des Reiches in der wilhelminischen Ära geringer gewesen, als früher angenommen, und vieler Intrigen sei er zu Unrecht beschuldigt worden. Allerdings gilt auch hier, daß wo Rauch auch Feuer ist. Holsteins Charakter war schwierig. Und seine Politik hat Deutschland sowohl Rußland als auch Großbritannien entfremdet, zwei Entwicklungen, denen sein großer Vorgänger bei der Gestaltung der deutschen Außenpolitik gerade mit allem seinen Können hatte entgegenwirken wollen.

Dabei hat Holsteins Karriere nicht etwa als Kritiker, sondern als Protegé Bismarcks angefangen. Nach Abitur und Jurastudium gelang es dem am 24. April 1837 in Schwedt an der Oder geborenen Sohn eines preußischen Offiziers und Kammerherren im Jahre 1860, vom Berliner Stadtgericht in Preußen diplomatischer Dienst zu wechseln. Es war wohl Bis-



F. A. v. Holstein: Der „Mann mit den Hyänenaugen“

Foto: Bundesarchiv

marck, der dem Juristen den Wechsel ermöglichte. An der preußischen Gesandtschaft in St. Petersburg arbeitete der Attaché Holstein dem Gesandten Bismarck zu. Nach diversen anderen Stationen und der Reichsgründung kam Holstein an die deutsche Botschaft in Paris, wo er in die Ar-

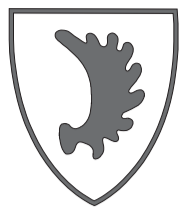
nim-Affäre verwickelt wurde. Als der dortige Botschafter Harry Graf von Arnim 1876 von Bismarck gestürzt wurde, wurde Holstein vorgeworfen, als dessen Mann gegen seinen Chef intrigiert zu haben. Verletzt und enttäuscht zog sich Holstein aus dem öffentlichen Leben zurück und es fortan vor, im

Hintergrund zu wirken und von dort die Strippen zu ziehen. Das trug ihm das Image einer Grauen Eminenz ein. Wohl in treffender Selbsteinschätzung meinte Holstein über sich selber: „Zum heutigen Botschafter fehlen mir die elementaren Bedingungen.“ Holsteins Stärke war es nicht, Menschen für sich einzunehmen. Statt auf seine Mitmenschen offen zuzugehen, trat er ihnen mit Mißtrauen entgegen. Aber Holstein hatte auch Stärken. Er war fleißig, hatte ein vorzügliches Gedächtnis, kannte seine Akten und war durch rege Korrespondenz gut informiert. Holsteins Wunsche Rechnung tragend, holte Bismarck den unbeliebten, aber tüchtigen „Mann mit den Hyänenaugen“, wie er ihn selber nannte, nach Berlin in die Zentrale des Auswärtigen Amtes.

Mitte der 80er Jahre setzte dann die Entfremdung zwischen Mentor und Protegé ein. Knackpunkt war die Rußlandpolitik. Im Gegen-

satz zu Bismarck wollte Holstein eine klare Entscheidung für Großbritannien gegen Rußland. Im Vergleich zu früher ist man heute mit dem Vorwurf des Sturzes Bismarcks vorsichtiger, doch trug er ohne Zweifel das seine zur Zerstörung von dessen Bündnisystem und damit Lebenswerk bei. Maßgeblichen Anteil hatte er an der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages. Allerdings erreichte er auch nicht das erhoffte deutsch-britische Bündnis, da er fälschlicherweise ein herzliches Einvernehmen Englands mit Frankreich oder Rußland ausschloß und deshalb glaubte, aus einer Position der Stärke mit den Briten verhandeln zu können. Nachdem auf der Algeciras-Konferenz von 1906 Deutschlands Isolation und damit Holsteins Scheitern deutlich geworden war, wurde ein von ihm eingereichtes Rücktrittsgesuch angenommen. Drei Jahre später, am 8. Mai 1909, starb er in Berlin.

M. R.



MELDUNGEN

Lötzener Pfarrer war IM

Warschau – Wegen früherer Spitzeldienste für den polnischen Staatssicherheitsdienst muß der Bischof der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, Janusz Jagucki, vorzeitig aus dem Amt scheidet. Die Synode der polnischen Lutheraner verweigerte ihm das Vertrauen. Der Geistliche soll 17 Jahre lang als Inoffizieller Mitarbeiter für den Geheimdienst tätig gewesen sein, heißt es. Vor allem Gemeindeglieder soll IM „Janusz“, der die meiste Zeit als Pfarrer in Lötzen residierte, bespitzelt haben. Besonders interessant war für den polnischen Geheimdienst, wer die Absicht hatte, nach



Janusz Jagucki

Deutschland übersiedeln beziehungsweise zu flüchten. Jaguckis Notizen und Hinweise für den polnischen Geheimdienst umfassen laut „Rzeczpospolita“ rund

1000 Seiten. Im Gegenzug für seine Dienste soll der Geheimdienst dem Pfarrer Reisen nach Norwegen finanziert haben. Es gebe keinen Zweifel, daß der Bischof mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet habe, erklärte der Chef der historischen Kommission der Kirche, Czeslaw Cieslar. Archivdokumente belegten dies zweifelsfrei. Der 62jährige Jagucki soll nun bis zur Wahl seines Nachfolgers im Januar 2010 Oberhaupt der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen bleiben. Jagucki, der seit 2001 Bischof der lutherischen Kirche in Polen ist, hatte eine derartige Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst bestritten. Zwar habe er sich mehrere Male mit Führungsoffizieren getroffen, doch er habe „niemandem geschadet, auch der Kirche nicht“.

idea

Vandalismus im Siegespark

Königsberg – Mißton am Voraabend der traditionellen „Siegesfeier“, die Anfang Mai in ganz Rußland ablaufen. Ende April kam es im Königsberger „Siegespark“ zu Akten des Vandalismus, was in der Stadt mehrfaches Entsetzen auslöste. Der Park, am zentralen „Gwardijski prospekt“ (früher: Deutschordeering) gelegen, ist Heldenkult von typisch sowjetischer Phantasielosigkeit: Obelisk für 1200 Rotarmisten, „die den Heldentod beim Sturm auf Stadt und Festung Königsberg starben“, daneben ein paar ausgediente Waffen und fertig. Gegenüber dem Park steht eine Polizeischule, in der niemand wahrnahm, daß betrunkene Rowdies in der Nacht zum 24. April die ausgestellten Kanonen, Seeminen etc. beschmierten und in den Parkteich kippten. Nun kommen die Exponate ins berühmte „Bunker-Museum“, im Park treiben Studenten des nahen kriminologischen Instituts Spurensicherung. W.O.

Geldsorgen in Memel

Ohne staatliche Zuwendung ist das Simon-Dach-Haus nur schwer zu betreiben

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich immer mehr aus der finanziellen Unterstützung des „Vereins der Deutschen in Klaipeda“ und des von ihnen betriebenen Simon-Dach-Hauses in Memel zurückgezogen. Entsprechend stärker ist der enorm vielseitig engagierte Verein auf private Spenden angewiesen.

Seit Nutzungsbeginn des Simon-Dach-Hauses im Jahre 1996 wurden die Grundkosten des Hauses und ein Teil der Personalkosten vom Bundesministerium des Inneren (BMI) übernommen. Der Betrag belief sich auf bis zu 30 000 Euro jährlich. Im Jahre 2003 wurden der Vorstand des Vereins der Deutschen in Klaipeda und die Geschäftsleitung des Simon-Dach-Hauses informiert, daß die staatlichen Zuwendungen für das Haus künftig jährlich um 20 Prozentpunkte gekürzt und demzufolge 2008 auslaufen würden. In der fünfjährigen Übergangszeit wurde erreicht, daß rund die Hälfte

der fehlenden Mittel durch Angebote des Hauses und Aktivitäten des Vereins, wie beispielsweise die Vermietung des Konzertsalles und von Tagungsräumen, Übernachtungen in den hauseigenen Ferienwohnungen, Bücherverkauf, Fremdenführungen, kompensiert werden konnten. Jedoch ist parallel, trotz Einsparungen, das Jahresbudget um 30 bis 50 Prozent gestiegen. Eine Ursache sind die Preissteigerungen in Litauen seit dem EU-Beitritt. Folglich sind trotz erheblicher Einsparungen die Grundkosten des Simon-Dach-

Das Angebot des Simon-Dach-Hauses ist vielfältig

Eine der größten Veranstaltungen und gleichzeitig die größte Herausforderung für den Verein und das Simon-Dach-Haus sind die Deutschen Kulturtag. In den letzten zehn Jahren wurden sie zu einem der kulturellen Höhepunkte der Stadt Memel, vergleichbar mit dem Meeresfest oder dem Jazz-Festival. Die Kulturprojekte des Vereins der Deutschen in Klaipeda werden überwiegend von der Deutschen Botschaft in Wilna, dem Goethe-Institut in Wilna, dem Institut für Auslandsbeziehungen, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Stadtverwaltung Memels, sowie dem Kultusministerium und dem Departement für nationale Minderheiten der Republik Litauen finanziert. Somit ver-

bleiben die Grundkosten, welche nicht aus Mitteln der Kulturprojekte abgedeckt werden dürfen. Aber gerade diese Kosten für Strom, Wasser und Heizung sind in den letzten Jahren enorm gestiegen, und kein Teilnehmer möchte eine Ausstellung oder ein Konzert in einem unbeheizten Raum besuchen.

Das Simon-Dach-Haus befindet sich in einer sehr günstigen Lage am Rande der historischen Altstadt und ist ein Anlaufpunkt für Touristen und Gäste der Stadt und Region. Es bietet mit seinen Räumlichkeiten Möglichkeiten für Veranstaltungen jeder Art. Das Haus verfügt über einen Konzertsaal, zwei Unterrichtsräume, zwei

Heimattreffen und Seminare, an denen 1500 bis 2000 Leute teilnahmen.

Von 1997 bis 2002 waren im Simon-Dach-Haus und später bis 2005 im Konzertsaal Klaipeda sowie im Kulturkommunikationszentrum Kulturassistenten aus der Bundesrepublik Deutschland tätig. Dank Ihrer Initiative werden seit



Foto: Verein der Deutschen in Klaipeda

Simon-Dach-Haus in Memel: Durch die Preissteigerungen in Litauen wird der Unterhalt immer teurer.

Der Verein der Deutschen in Klaipeda wurde im Jahre 1989 als Deutsch-Litauischer Kulturverband gegründet. Da 1993 die Mehrheit der Mitglieder deutschstämmig war, wurde der Name in „Verein der Deutschen in Klaipeda“ geändert. Er ist das Zentrum der Deutschstämmigen in der Stadt Memel und der Umgebung in einem Umkreis von 35 bis 40 Kilometern und hat derzeit über 400 Mitglieder.

Auf Initiative des Vereins wurde 1992 die staatliche Hermann-Sudermann-Schule in Memel mit angeschlossenen Internat gegründet. Sie begann mit jeweils einer 1. bis 4. Klasse und hat heute 24 Klassen mit über 540 Schülern und rund 60 Lehrkräften. Deutsch wird hier als Muttersprache bis zum Abitur unterrichtet. Die Hermann-Sudermann-Schule ist die einzige deutsche Volksgruppenschule in der Republik Litauen.

1996 bekam der Verein der Deutschen für seine Aktivitäten ein mit Geldern des Bundesinnenministeriums (BMI) renoviertes Haus in der Jurosstraße 7 in Memel zur Nutzung übertragen. Das Haus wird zu Ehren des berühmten Dichters Simon Dach seitdem „Simon-Dach-Haus“ genannt. Ergänzend bekam der Verein „Edelweiß-Wolfskinder“ Räumlichkeiten für seine Aktivitäten.

Büroräume, drei Gästezimmer, einen Veranstaltungskeller und eine Bibliothek. Die Fähre zur Kurischen Nehrung, das Theater mit dem Änchen-von-Tharau-Denkmal am Simon-Dach-Brunnen, die Börsenbrücke oder die alte Post sind fußläufig schnell zu erreichen.

Der Verein hat derzeit vier, zum Teil in Teilzeit angestellte Mitarbeiter: einen Geschäftsführer, eine Kulturmanagerin, eine Buchhalterin und eine Putzfrau.

Für die Mitglieder werden zwei große Veranstaltungen pro Jahr durchgeführt: zu Weihnachten und zu Ostern. An den Veranstaltungen nehmen jeweils rund 150 Mitglieder teil. Weitere kleinere Veranstaltungen laufen ständig das ganze Jahr über im Simon-Dach-Haus. Der Verein steht im engen Kontakt mit anderen Kultureinrichtungen der Stadt Memel, und diverse gemeinsame Projekte werden geplant und durchgeführt.

Bereits 1989 gründete der Verein einen deutschsingenden Chor. Jede Woche treffen sich die Chormitglieder im Simon-Dach-Haus zu einer Probe. Am zweiten Sonntag eines jeden Monats singt der Chor beim deutschsprachigen evangelischen Gottesdienst in Memel.

In den Jahren 1995, 1996 und 1998 organisierte der Verein der Deutschen zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e. V. (AdM) in Memel

1999 in Memel Deutsche Kulturtag veranstaltet. Im Jahre 2007 wurden die Deutschen Kulturtag gemeinsam vom Kulturkommunikationszentrum und dem Simon-Dach-Haus, in den Jahren 2008 und 2009 nur vom Simon-Dach-Haus durchgeführt.

Das Simon-Dach-Haus hat nicht nur kulturelle, sondern auch kommerzielle, geschichtliche und touristische Angebote. So ist es auch möglich, folgende Angebote in Anspruch zu nehmen oder zu bestellen: Auskünfte in deutscher Sprache über die Stadt Memel und das Memelland, Fremdenführung beziehungsweise Reiseleitung für die nähere und weitere Umgebung (Stadt Memel, Memelland, Kurische Nehrung, Polangen etc.), Übernachten in einer der Ferienwohnungen im Simon-Dach-Haus, Treffen und Unterhalten mit Vereinsmitgliedern bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, Übersetzungs- und Dolmetscherdienste vom Litauischen ins Deutsche und umgekehrt, Druckerzeugnisse (Bücher, Bildbände, Landkarten, Postkarten etc.) mit Versand in die Bundesrepublik Deutschland, Deutschkurse. PAZ

Weitere Informationen erteilt der Verein der Deutschen in Klaipeda, Simon-Dach-Haus, Juros g. 7, LT-92127 Klaipeda, Internet: www.vdd.lt, und der Kreisvertreter von Memel-Stadt, Hans-Jörg Froese, Phöbener Chausseestraße 10, 14542 Werder (Havel).

MELDUNGEN

Neuer Botschafter

Berlin – Mindaugas Butkus, Litauens neuer Botschafter in Berlin, hat am 28. April bei Bundespräsidenten Horst Köhler sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Damit konnte der mittlerweile fünfte Botschafter der Republik Litauen in der Bundesrepublik Deutschland seine Amtsgeschäfte aufnehmen. Deutschlands Geschichte, Gesellschaft, Menschen und Sprache sind Butkus bestens bekannt. So ist die jetzige für den an der Universität Wilna ausgebildeten Sprachwissenschaftler mit Master-Abschluß in deutscher Philologie bereits die zweite diplomatische Verwendung in der Bundesrepublik. Von 1995 bis 1999 war er in der Botschaft in Bonn tätig. Vor der Ernennung zum Botschafter hatte er die politische Planungsabteilung im litauischen Außenministerium geleitet. Die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise, die Landsmannschaft Ostpreußen und die Prussia-Gesellschaft verbinden mit dem Wechsel die Hoffnung auf eine Fortsetzung der vertrauensvollen Kooperation und weitere gemeinsame Projekte.

Hans-Jörg Froese



Mindaugas Butkus Bild: internet

Masurenfahrt mit den Lions

Eutin – Der Lions Club Eutin führt vom 15. Mai bis 24. Mai eine Busreise nach Masuren durch. Die Reisenden folgen den Spuren des Deutschen Ritterordens über Bromberg und Thorn nach Sensburg. Einen Tag wird die Reisegruppe in Johannesburg verbringen. Dort wollen die Lionsfreunde im Rathaus ihren Gesprächspartnern den Lions-Gedanken „We serve“ („Wir dienen“) näher bringen und zur Gründung eines eigenen Clubs ermuntern. In der Grundschule Nr. II folgt ein Festprogramm mit anschließendem Mittagessen. Zu dieser Schule unterhalten Lionsfreunde auf Initiative des in Johannesburg geborenen Clubmitgliedes Wernfried Lange seit über einem Jahrzehnt ein Schülerbegegnungsprogramm. Über Allenstein, Mohrunge und Finkenstein führt der Weg nach Marienburg. Die Heimreise erfolgt durch die Kaschubei, über Stolp und Stettin. Nähere Auskünfte erteilt Wernfried Lange, Telefon (04521) 779882, E-Mail: wernfriedlange@googlemail.com. W.L.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 5. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Pfingsten: „Das neue Kleid, de witte Büx, und andere Brauchtümer in Stadt und Land“.

SALZBURGER VEREIN
Sonnabend, 16. Mai, 13 Uhr,

Treffen der Mitglieder im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, zwischen Hauptbahnhof und Berliner Tor. Neben Neuigkeiten steht ein Video: „Salzburger in Amerika“ auf dem Programm. Anschließend folgt die Vorstellung und Wahl des neuen Landesgruppenleiters.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 16. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel

geht es mit einem musikalischem Trio und Gesang in den Frühling.

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung stimmte Pfarrer i. R. Dietmar Balschun die Gruppe auf die Passions- und Ostertage ein. Er zeigte fünf Farbholzschnitte des in Ostpreußen geborenen Künstlers Günter Skrodzki und erläuterte sie mit eigenen Überlegungen zur Zeit vor Ostern. Günter Skrodzki wurde 1935 im Kreis Angerburg geboren. Mit vier Jahren begann er bereits zu malen. Als er zehn Jahre alt war, ging seine Familie auf die Flucht. Nach dem Schulabschluss arbeitete er zunächst in verschiedenen Berufen, unter anderem als Gebrauchsgraphiker. Von früh an beschäftigte er sich mit der Bibel, die er schon mehrere Male durchgelesen hatte. Autodidaktisch studierte er die Künstler der „Brücke“, die Expressionisten. Sein großes

Vorbild war Karl Schmitt-Rottluff. Skrodzki sagte von seinen eigenen Holzschnitten, von denen er allein 420 zu Bibeltexten geschnitten hatte: „Sie müssen nicht gefallen, es ist aber wichtig, daß es sie gibt.“ Er verwendet bei seiner Arbeit nur wenige Farben und die auch sehr sparsam: außer Schwarz für die Umrisse und Weiß die Farbe Rot für die göttliche und weltliche Liebe, Blau für den Himmel und die Treue Gottes, Terrakotta ist erdgebunden, und Gelb bezeichnet Sonne, Wachstum und die Heiligkeit Gottes. Zu jedem seiner Farbholzschnitte zur Passion gibt Skrodzki die genaue Bibelstelle an, die er meint und mit seiner Darstellung sozusagen kommentiert. Die Bilder sollen den Betrachter außerdem dazu auffordern, auf das hinzuhören, was Jesus im Neuen Testament zu sagen hat. Pfarrer i. R. Dietmar Balschun zeigte die mitge-

brachten Darstellungen Skrodzki zur Passion und erläuterte anhand der benutzten Farben ihre Bedeutung.

Hanau – Mittwoch, 13. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Dienstag, 12. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg, B. Smieja berichtet über ihre Heimat unter dem Titel: „Ober-schlesien in Geschichte und Gegenwart“. – Überall im Osten gab es bezaubernde Kultur- und Naturlandschaften, die stets einen Besuch lohnten. Dies bewies letzters der ausgewiesene Schlesienkenner Klaus-D. Leder in einem Diavortrag über das Wanderparadies um die Schneekoppe im Riesengebirge. Die historischen Abbildungen aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Verbindung mit der anschaulichen Beschreibung der Besiedlungsentwicklung in den

Hochlagen des subalpinen Gebirges versetzten die Zuhörer in eine romantische Stimmung. Der Vortragende nannte drei Phasen, welche die Baugeschichte dort oben prägten: Anfangs gab es die eine oder andere Jagdhütte der landbesitzenden Grafen, Fürsten und Barone. Dann gesellten sich bescheidene Bergbauernhütten hinzu. Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend „Sommerfrischler“ die Höhen erklimmen, stellten die ursprünglichen „Einsiedler“ Herbergsraum zur Verfügung und gewannen dadurch ein Zubrot zu den kargen Erlösen aus der Almwirtschaft. Daraus entwickelten sich schließlich die ganzjährig bewirtschafteten Bauden. Die weithin bekannte „Hampelbaude“ unter-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



Helene Führer

geb. Kownatzki

*1. 4. 1918 † 16. 4. 2009
Gollubien (Ostpr.) Köthen (Anhalt)

Eine beeindruckende, starke Frau ist von uns gegangen. Sie hat das Leben vieler Menschen geprägt. Auch das unsere. Danke.

Burchard und Susanne Führer
Maximilian Führer
Konstanze Führer

Dr. Wilhelm Dieckmann und Edda, geb. Führer

Jörg und Claudia Dieckmann
mit Frithjof und Carl-Philipp

Maren Bästlein, geb. Dieckmann
Johannes Steinhäuser
mit Mark, Maja und Mariella

Jaro Dieckmann

Wolf-Eberhard und Anneliese Führer

Niels und Dr. Inka Führer
mit Maja, Moritz und Ida

Ilja und Melanie Führer
mit Chiara

Cordula von Bestenbostel, geb. Führer

29352 Adelheidsdorf, Kurfürstendamm 53

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 24. April 2009, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Großmoor von der Martinskirche aus statt.

Beerdigungsinstitut Fr. Niebuhr, Celle, Hannoversche Straße 11



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Gerhard Bosk

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande

*19. Februar 1924
Saffronken
Kreis Neidenburg

†13. April 2009
Kaltenkirchen
Schleswig-Holstein

Gerhard Bosk war von 1971 bis 2003 stellvertretender Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Johannsburg sowie langjähriger Schriftleiter des Johannsburger Heimatbriefes. Im Rahmen der von ihm ins Leben gerufenen „Aktion Masurenhilfe“ führte er 150 Betreuungsfahrten nach Ostpreußen durch. Gerhard Bosk leistete damit einen wichtigen Beitrag, um die Not unter den in der Heimat verbliebenen deutschen Landsleuten zu mildern.

Das jahrzehntelange Wirken des Verstorbenen in der Vertriebenenarbeit war von Standhaftigkeit und Prinzipientreue geprägt. In Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um Ostpreußen hat die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Gerhard Bosk im Februar 1986 das Goldene Ehrenzeichen und im Mai 1994 die Ottomar-Schreiber-Plakette verliehen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Dr. Wolfgang Thüne
Stellv. Sprecher

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

Sei getreu bis an den Tod,
So will ich Dir die Krone des Lebens geben.
Offenb. Joh. 2, 10

Nach einem erfüllten Leben in liebevoller Verbundenheit mit ihrer westpreußischen Heimat starb unsere Tante, Patentante und Freundin

Gerda Wenzel

22. September 1915 28. Februar 2009
Elbing/Westpreußen Leverkusen

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Im Namen aller Angehörigen und Freunde
Jürgen Dusse, Peter Wolff

Die Trauerfeier mit Urnenbeisetzung fand am Dienstag, dem 24.3.2009, um 11.00 Uhr auf dem Friedhof Manfort, Manforter Str. 182 in Leverkusen, Ortsteil Manfort statt.

Kondolenzadresse: Peter Wolff, Franz-Beer-Str. 10, 88250 Weingarten
Rittergut Hansdorf bei Elbing/Westpreußen (bis 1945)
Leverkusen, im Februar 2009

Dem Wunsch der Verstorbenen entsprechend bitten wir anstelle zuge-dachter Blumen um eine Spende zugunsten der Deutschen Kriegsgräberfürsorge, Commerzbank Kassel, BLZ 520 400 21, Konto 32 22 999, Stichwort: Gerda Wenzel.



In stiller Trauer nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma

Elfriede Annuß

geb. Lork
geb. 7. 1. 1917, Seenwalde/Ostpreußen
gest. 17. 4. 2009, Kirchberg/Sachsen

In Liebe und Dankbarkeit:
Familie Günter Annuß
Familie Frank Annuß
Familie Bernd Annuß
Familie Ramona Wuttke



Ingrid Gerlach

* 15. 3. 1933 † 7. 4. 2009

Hansjörg und Gisela Hildwein, geb. Gerlach
Kai-Uwe und Ingrid Struppek, geb. Hildwein

53842 Troisdorf, Nürburgstraße 11 b

Die Trauerfeier wird am Freitag, dem 15. Mai 2009, um 11.00 Uhr in der Versöhnungskirche (Im Flürchen) in Koblenz-Arenberg gehalten.

Anschließend findet die Urnenbeisetzung auf dem Friedhof in Koblenz-Ehrenbreitstein statt.

Von Beileidsbekundungen am Grabe bitten wir höflich Abstand zu nehmen.

Im Sinne der Verstorbenen bitten wir anstelle zuge-dachter Blumen und Kränze um eine Spende für die „Jugendarbeit der evangelischen Kirche Koblenz-Pfaffendorf“, Sparkasse Koblenz, BLZ 570 501 20, Konto-Nr. 4002, Kennwort RT22 – Ingrid Gerlach.

GEGEN DAS VERGESSEN – IN MEMORIAM

Wir gedenken – nicht nur am Volkstrauertag – auch aller in den beiden Weltkriegen gefallenen deutschen Soldaten, der Ermordeten und Heimatvertriebenen der Jahre 1918 bis 1933, der zivilen Luftkriegsopfer sowie der Millionen Deutschen, die nach 1945 um Leben, Gesundheit, Heimat, Eigentum, Recht und Ehre gebracht wurden, unter ihnen ganz besonders der Hunderttausende und oft zu Tode vergewaltigten Mädchen und Frauen.

ViSP: Dr. Heinz P. Barth

**Der richtige Weg,
anderen vom Tode
eines lieben
Menschen
Kenntnis zu geben,
ist eine
Traueranzeige.**

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 47
Fax 0 40 / 41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

halb der „Koppenplans“ zeigt den typischen Werdegang einer einst kleinen Hütte zur „Großbaude“. Die Bildwanderung berührte einst landesweit bekannte Höhepunkte in Rübzahl's Reich: die Riesen-, Schlingel- und Prinz-Heinrich-Baude, die Schneekoppe, Melzergund, Kleiner Teich, Kirche Wang und Krummhübel, um nur diese zu nennen. Den Abschluß dieser Wanderung bildete das wunderschöne, ergreifende Riesengebirgslied. Der herzliche Applaus war das Dankeschön der Heimmattreuen an den Referenten und zugleich ein Gruß an Schlesien.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Alle sind wieder herzlich eingeladen, am Ostpreußischen Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren teilzunehmen, welches am 25. Juli 2009 im Freilichtmuseum Hohenstein stattfindet. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eigens eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli 2009 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen. In Frauenburg erleben wir ein Orgelkonzert im Dom und besuchen den Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Mit dem Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Außerdem sind für folgende Busreisen 2009 noch Plätze frei: Königsberg 20. bis 26. Mai; Riesengebirge 14. bis 21. Juni; Thorn-Posen 29. Juni bis 3. Juli; Krakau-Lemberg-Breslau 8. bis 17. Juli; Königsberg 6. bis 12. August sowie Lötzen-Vilnius-Memel-Osterode 21. August bis 1. September. Auskünfte siehe o.g. Anschrift/Telefon.

Neubrandenburg – Das 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern findet

am Sonnabend, 3. Oktober 2009, 10 bis 17 Uhr, im Jahn-Sport-Forum, Neubrandenburg statt. Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung gebeten sowie um zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen. Wie immer ist für das leibliche Wohl gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Celle – Zu ihrer Jahreshauptversammlung lud kürzlich die Gruppe ein. Der Erste Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, begrüßte hierzu die Mitglieder und Gäste, darunter den als Referenten eingeladenen Oliver Dix, Stellvertretender Landesvorsitzender in Niedersachsen und Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstandes des BdV (Bund der Vertriebenen) sowie die beiden BdV-Kreisvorsitzenden, Dieter Scholz (Kreisverband Celle-Stadt) und Hans-Erich Freiherr von Bodenhausen (Kreisverband Celle-Land). In der Totenehrung wurde in einer Gedenkminute der verstorbenen Mitglieder des letzten Jahres gedacht. Nach Stärkung mit Kaffee und Kuchen ging Manfred Kirrinnis im Vorstands- und Geschäftsbericht auf die Veranstaltungen des abgelaufenen Jahres in der Celler Gruppe sowie auf die Aktivitäten der Bezirksgruppe Lüneburg, der Landesgruppe Niedersachsen und der Bundes-Landmannschaft ein. Die Gruppe bot ihren Mitgliedern im letzten Jahr ein Erntedankfest, eine Adventsfeier, eine Faschingsfeier und zwei Tagesfahrten nach Hösseeringen zum Museumsdorf und

zur Gedenkstätte Marienborn an. Die Schatzmeisterin, Monika Jepp, verlas den Kassenbericht. Frieda Linsel teilte der Versammlung mit, daß die Kassenprüfung keine Beanstandungen ergeben hat. Dem Antrag auf Entlastung des Vorstandes wurde daher stattgegeben. Für die bevorstehenden Neuwahlen wurde der Zweite Vorsitzende, Uwe Jäckel, zum Wahlleiter bestimmt. Im Amt bestätigt wurden als Erster Vorsitzender Manfred Kirrinnis und als Schriftführerin Rita Schluff. Als Kassenprüferin wurde Frieda Linsel wieder gewählt. Da Erika Ogiermann auf eine weitere Amtszeit als Kassenprüferin verzichtete, wählten die Mitglieder Elisabeth Krahn als Nachfolgerin. Uwe Jäckel (Zweiter Vorsitzender), Monika Jepp (Schatzmeisterin) und Maria Gerigk (Kassenprüferin) sind noch bis zur Jahreshauptversammlung im nächsten Jahr im Amt. Referent Oliver Dix (BdV) berichtete in seinem Vortrag über aktuelle und erweiterte Aufgaben der Vertriebenenverbände. Zum Abschluß der Jahreshauptversammlung stellte der Zweite Vorsitzende, Uwe Jäckel, die beiden für dieses Jahr geplanten Fahrten zum Preußenmuseum nach Minden und zum Otterzentrum nach Hankensbüttel vor.

Göttingen – Die Gruppe fährt am 3. Mai zum Ermländertreffen nach Werl. Die Abfahrt der Gruppe ist für 7 Uhr geplant. Die Rückkehr nach Göttingen soll gegen 18 Uhr erfolgen. Anmeldungen bis zum 19. April, an Werner Erdmann, Telefon (0551) 63675. – Ebenfalls wird wieder eine siebentägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren angeboten. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen bis zum 20. Mai 2009 an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September 2009 an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Hannover – Sonnabend, 23. Mai, gemeinsame Fahrt mit den Westpreußen zur Preußenausstellung nach Nienburg und zum Spargelessen. Anschließend ist ein Besuch in Steinhude vorgesehen. Um Anmeldung wird gebeten. Die geplante Fahrt zum Ostpreußenmuseum in Lüneburg wurde verlegt.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. Nähere Informationen bei Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Holzminen – Donnerstag, 21. Mai, Treffen der Orchideenwandergruppe an der Stadthalle zwecks Fahrgemeinschaft zum Burgberg. Anschließend ist Kaffeetrinken im „Felsenkeller“ angesagt. – Der Vorsitzende der Gruppe, Lothar Brzezinski, hatte zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Mit dem Gedicht: „wer das nicht jesehn hat, hat garnuscht jesehn ...“ wurde die Heimat wieder in Erinnerung gerufen. Der Chor, einst die tragende Säule in diesem Verein, ist in der letzten Zeit generationsbedingt verschlankt; dennoch stimmen die wenigen Sänger und Sängerinnen mit Gisela Ehrenberg die Anwesenden mit Frühlingsliedern gekonnt ein, wofür sie viel Beifall ernteten. In seinem Rückblick 2008 bedauerte der Vorsitzende die altersbedingt rückläufige Mitgliederzahl; dennoch wurden viele Aktivitäten wahrgenommen. Begeistert waren alle über den Vortrag des Vorsitzenden über die Salzburger Protestanten, die vor 275 Jahren in großer Anzahl nach Ostpreußen gingen. Inhaltlich dokumentierte der Zweite Vorsitzende, Günther Grigoleit die Geschichte, Menschen und Tradition Masurens. Aber auch die gemeinsamen Fahrten kamen nicht zu kurz: im Mai nach Berlin zum Deutschlandtreffen und im Juli ins Altmühltal. Stets gut besucht waren die Kaffeemittage. Nun schon zum 32. Mal hielt Pastor i. R. Günther Grigoleit den ostpreußischen Gottesdienst vor der mit viel Liebe ausgerichteten Weihnachtsfeier im „Felsenkeller“. Der Vorsitzende bedankte sich mit Blumen bei allen Ehrenamtlichen und überreichte den jeweiligen Geburtstagskindern eine Rose. Er wies noch einmal auf die Ostfrieslandfahrt vom 7. bis 10. Juni 2009 hin, zu der sich auch noch Gäste bei ihm anmelden können.

Osnabrück – Dienstag, 12. Mai, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis. – Mittwoch, 20. Mai, Fahrt der Frauengruppe nach Lüneburg. Gäste sind herzlich willkommen. Information und Anmeldung bei Marianne Regier, Telefon (0541) 14126.

Rinteln – Donnerstag, 14. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im großen Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Ralf-Peter Wunderlich wird an diesem Nachmittag zum Thema „Vom Deutschen Reich zur Bundesrepublik Deutschland – Ein geschichtlicher Abriss anläßlich ihres 60jährigen Bestehens“ referieren. Mitglieder und Freunde sowie interessierte Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 4. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 7. Mai, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Frühlingsfest in der Gaststätte Springmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld. – Donnerstag, 14. Mai, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 5. Mai, 19 Uhr, Offenes Singen „Nun will der Lenz uns grüßen“ im „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74. – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B 2. Fahrtkosten: DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Dienstag, 5. Mai, 19 Uhr, Ausstellungseröffnung:

„Die Sudetendeutschen, eine Volksgruppe in Europa“, Ausstellungsraum, GHH. – Mittwoch, 6. Mai, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Mittwoch, 6. Mai, 19 Uhr, Treffen der Düsseldorfer Chorgemeinschaft mit Iskra Ognyanova, Eichendorff-Saal, I. Etage, GHH. – Freitag, 8. Mai, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62 (neuer Treffpunkt!). – Mittwoch, 13. Mai, 19 Uhr, Treffen der Düsseldorfer Chorgemeinschaft mit Iskra Ognyanova, Eichendorff-Saal, I. Etage, GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 14. Mai, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Heimatstube“. Es gibt Grünkohl und Mettwurst sowie Bratkartoffeln. – Donnerstag, 21. bis Sonnabend, 30. Mai, zehntägige Ostpreußenfahrt unter dem Motto: „Auf den Spuren von Nicolaus Copernicus“.

Gütersloh – Montag, 4. Mai, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933. – Sonntag, 3. Mai, 7.30 Uhr, Fahrt zum Ermländertreffen in Werl. Der Gottesdienst in der Basilika beginnt um 10.15 Uhr. Die Gruppe organisiert eine Busfahrt mit mehreren Zustei- gungsmöglichkeiten. Die Rückfahrt erfolgt gegen 16 Uhr nach der Vesper. Die genauen Abfahrtszeiten sowie Haltestellen erfahren Sie bei Josef Block, Telefon (05241) 34841. Der Fahrpreis beträgt 12 Euro pro Person.

Haltern – Donnerstag, 7. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

Leverkusen – Sonnabend, 9. Mai, traditionelles Blumenfest der Gruppe nach altem, überlieferten Brauch aus der Heimat. Ein sehr fröhliches, abwechslungsreiches Programm erwartet die Gäste. Es wirken unter anderem mit: der Chor Heimatmelodie (Leitung Max Murawski), die Tanzgruppe der Gruppe (Leitung Christa Mehlmann), die Solistin des Chores Hedwig Zentek und Werner Schröder, die Laiendarsteller H. Zentek und Else Huget und die „Hollandmädchen“. An-

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

SUPER-ABOPRÄMIE für einen neuen Leser

Sichern Sie sich jetzt Ihre Abo-Prämie! Verschenken Sie ein Jahres-Abo oder werben Sie einen neuen Leser für die

50,- € in bar für Sie!



Einfach absenden an:
Preussische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 · 22087 Hamburg
 oder am schnellsten per
SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040/41 40 08 42
 Fax: 040/41 40 08 51
 www.preussische-allgemeine.de

Ich verschenke ein Abonnement und erhalte die Prämie von 50,- €.
 Ich werbe einen neuen Leser und erhalte die Prämie von 50,- €.

Das Abo erhält:
 Name/Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Das Abo hat erworben/verschenkt
 Name/Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Zahlungsart: per Rechnung per Bankinzug
 Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis.

Kontonummer: _____
 Bankleitzahl: _____
 bei: _____

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers
 Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Schicken Sie mir bitte die Preussische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich die Prämie für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preussischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt und gilt nur im Inland. Im letzten halben Jahr waren weder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preussischen Allgemeinen Zeitung.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

unserem Kreisgebiet liegende Kirchspiel Heiligenwalde erschienen. Verfasser und Herausgeber ist: Dr. Patrick Plew, Osterreicherstraße 26, 01279 Dresden. E-Mail: Patrick_plew@arcor.de Das Ortsfamilienbuch enthält und verknüpft alle Einträge der Kirchenbücher von 1671 bis 1874 (Geburten, Hochzeiten und Todesfälle) sowie einer Vielzahl von privaten Quellen bis 1945. Zusammen sind das über 25 000 Einzeldatensätze. Dieses Buch wurde mit den Ortsfamilienbüchern Kaimen, Schönwalde, Groß Legitten und Arnau verknüpft. Das Buch hat ein Format von 19 x 27 Zentimeter und enthält rund 630 eng beschriebene Seiten, inklusive einer geschichtlichen Einleitung, verschiedenen Landkartenausschnitten und mehreren Registern. Ein Exemplar liegt in Minden in unserem Heimatmuseum aus. Besuchern unseres in diesem Jahr am Sonnabend, 3. und Sonntag, 4. Oktober in Minden stattfindenden Kreistreffens, wird Gelegenheit zur Einsicht gegeben. Weiterhin verweisen wir auf das ebenfalls in Minden ausliegende Ortsfamilienbuch des Kirchspiels Arnau. Auch dieses OFB kann in Minden eingesehen werden. Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr.) e.V. im Preußenmuseum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden.

Siegmar Czerwinski sein 70. Lebensjahr. Kreisvertreter Gerd Bandilla gratulierte. Siegmar Czerwinski wurde in Andrecken im Kreis Lyck geboren. Nach der Flucht verbrachte er seine Jugendjahre zusammen mit seinen Eltern im Ruhrgebiet. Nach dem Abitur wurde Siegmar Czerwinski Berufssoldat. Zuletzt war er Oberstleutnant im Verteidigungsministerium. Seit dem Jahre 1998 ist Siegmar Czerwinski Karteiwart der Kreisgemeinschaft Lyck und ab 2004 Stellvertretender Kreisvertreter. Er wohnt mit seiner Familie in Meckenheim bei Bonn. Bereits am 26. August 2006 wurde ihm das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.



Kreisvertreter (komm.): Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Nachruf auf Herbert Sebeikat

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg trauert um ihr langjähriges Kreistagsmitglied, Chronisten und Heimatbrief-Schriftleiter, Studienrat i. R. Herbert Sebeikat, der nach langer, schwerer Krankheit, am 11. April 2009, verstarb. Herbert Sebeikat wurde am 19. April 1932, als Sohn des Kleinlandwirts und Waldarbeiters Anton Sebeikat und seiner Ehefrau Antonie, geb. Lengvianis, in Dreßlershausen (Klein Wersmenigken), Kreis Schloßberg (Pillkallen) / Ostpreußen, geboren. Beide Elternteile kamen nach dem Ersten Weltkrieg aus Litauen nach Ostpreußen und nahmen die deutsche Staatsbürgerschaft an. 1935 verlegten die Eltern ihren Wohnsitz nach Langenfelde (Groß Wersmenigken). Nach der Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen im Oktober 1944 be-

»... eine Heimat ohne Grenzen«

Mit den Büchern von Harry Herbert Tobies auf den Sehnsuchtspfaden der Vertriebenen

Das Baltikum ... eine Heimat ohne Grenzen. So sah Siegfried von Vegesack seine alte baltische Heimat und schrieb: „... Wolken sind mein Traumgebild, Wind und Sturm genossen, Wälder, Heimat Urgebild, dem ich einst entsprossen, Rund wölbt sich die Ewigkeit, wenn die Sterne glänzen, Wind, Wolken, Wälder weit, Heimat ohne Grenzen.“

Grenzenlos war die Sehnsucht der Menschen nach ihrer alten Heimat im Baltikum. Der in Königsberg geborene Harry Herbert Tobies folgt in seinen Büchern über das Baltikum den Sehnsuchtspfaden und den Traumgebilden bis weit zurück in die Geschichte. Er spannt einen Bogen von der neuen Heimat Bayern hinüber zum Baltikum. Dabei entdeckte er Gemeinsamkeiten über tausende Kilometer hinweg. Die Balten fanden hier ihren weißblauen Himmel wieder und auch der Geschichtsfaden verbindet die Völker vom Finnischen Meerbusen bis zu den Alpen. Immer schon gab es die Sehnsüchte der Menschen zum Großen Wasser hin, und an den

Ufern der Ostsee sehnte man sich nach den Höhen der Alpen. Es sind gewachsene Gemeinsamkeiten, denen der Autor auf historischen Pfaden nachspürte, die der gemeinsamen Pflege bedürfen, bis zu vereinten Europa ohne Grenzen ...



Riga – eine Perle der Ostsee.

Bild: ddp

Mit seinen Büchern legt der Autor eine umfassende Geschichte jenes Ostseeraumes vor, der bis vor wenigen Jahren scheinbar vergessen war. Erst nach dem Zusammen-

bruch des kommunistischen Systems erwachte wieder das Interesse an den baltischen Staaten. Der Freiheitskampf der drei baltischen Staaten, ihr Ringen um Unabhängigkeit, ließ diese Region in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken.

chen anzustellen und Information zu sammeln.

So konnte eine in dieser Form noch nicht geschriebene Geschichte des Baltikums entstehen, die von den Anfängen bis in die Gegenwart führt. Geprägt wird das Schicksal der baltischen Länder von Lage und Raum. Mit dem Blick auf Skandinavien, eingebettet in den Dualismus zwischen Deutschen und Russen, ist es oft ein steiniger und dornreicher Weg im Ablauf der Jahrhunderte, den die Litauern, Esten und Letten, aber auch die Deutschen im Baltikum, durchschritten.

Der Verfasser spannt einen weiten Bogen. Dies umschließt auch die geistige Welt, die im Baltikum zu einem großartigen kulturellen Leben in den Bereichen der Literatur und der Musik geführt hat. Wer sich für die Geschichte des Ostseeraumes, seiner Menschen und Völker, seiner Städte und Bauten, interessiert, wer darüber hinaus Querverbindungen zur zentralen Geschichte Mittel- und Osteuropas sucht, wird gern zu diesem ungemein farbig geschriebenen Werken greifen. A.S.

LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Ertstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

S. Czerwinski 70 Jahre alt - Am 24. April 2009 vollendete

suchte Herbert Sebeikat das Gymnasium in Neustadt an der Dosse und studierte anschließend Pädagogik und sechs Semester Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Den Grundstein zum Lehrberuf legte bereits Sebeikats Volksschullehrer Paul Süßmith aus Langenfelde. Vom Land Brandenburg wurde er als Lehrer eingestellt und unterrichtete 13 Jahre lang Mathematik und Physik an der Oberschule Lindenberg, Kr. Pritzwalk. Nach der Verleihung der Pestalozzimedaille in Bronze wurde Sebeikat dort stellvertretender Schuldirektor. 1967 verlegte Sebeikat seinen Wohnsitz in den Kreis Schwarzenberge/Erzgebirge und war dort noch zwei Jahre im Schuldienst tätig, bevor er erwerbsunfähig wurde. Nun

konnte Sebeikat legal in die Bundesrepublik ausreisen und wurde am 29. Juli 1970 ein freier Bürger. Herbert Sebeikat war verheiratet mit Frau Ursula, geb. Erdmann. Seine zwei Kinder stammten aus seiner ersten Ehe. Erst 1988 erfuhr er durch einen Heimatbrief von der Existenz der Kreisgemeinschaft Schloßberg und auch, daß Landsleute aus seinem Heimatdorf Langenfelde (Gr. Wersmenigken) in der Bundesrepublik leben. Durch die Ausarbeitung der Ortschronik Langenfelde entstand schnell der Kontakt zur Kreisgemeinschaft Schloßberg, in deren Kreistag er 1992 gewählt wurde. Seit jener Zeit arbeite Sebeikat intensiv an der Erstellung der Schloßberger Ortchroniken, wobei ihm seine Frau Ursula eine große Hilfe war. Ab 1998 über-

nahm er auch die Schriftleitung des Schloßberger Heimatbriefs, den er zehn Jahre in Folge mit großem Erfolg herausgab. In Würdigung seiner großen Verdienste wurde Herbert Sebeikat 1998 das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen. Die Kreisgemeinschaft Schloßberg verliert mit Herbert Sebeikat einen aufrechten Ostpreußen und nicht zu ersetzenden Mitarbeiter. Durch seine umfangreichen Schloßberger Ortchroniken, deren Abschluß er nun leider nicht mehr verwirklichen konnte, wird Herbert Sebeikat weiterleben und unvergessen bleiben. Die Kreisgemeinschaft Schloßberg mit allen ihren Mitgliedern wird Herbert Sebeikat ein ehrendes Andenken bewahren.



TREUBURG

Kreisvertreterin: I. Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Tel. (02833) 3984, Fax (0 2833) 3970. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: H. Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Tel. (0048) 875 20-3180.

Kreistreffen 2009 - Wir laden alle Landsleute, deren Nachkommen und Freunde aus Stadt und Land Treuburg ganz herzlich ein zum Kreistreffen nach: 31582 Nienburg/Weser, ins Hotel Weserschloßchen, Mühlenstraße 20, am Sonnabend, den 16. Mai 2009. Wir freuen uns sehr, ein Wiedersehensfest wie eine große Familie feiern zu können. Einlaß: 8 Uhr, Festrede: 11 Uhr.

Large crossword puzzle grid with various clues in German. Clues include: 'Bootsruder', 'Ausbesse-rung', 'Offiziers-rang', 'nutzlos, umsonst', 'römi-scher Kaiser', 'Anwärter d. höher. Beamten-laufbahn', 'Groß-ein-kaufs-anlage', 'Teil-zahlung', 'veraltet: Leinen', 'Angabe', 'Aristo-kratie', 'Kellner', 'Schreib-art: Kunst-richtung', 'Aus-gleich, Entschä-digung', 'mit hoher Stimme schreiben', 'Fahrt zu einem ent-fernen Ort', 'Wort-schwalm', 'wohl, aller-dings', 'Schutz, fürsorg-liche Aufsicht', 'hager, mager', 'erfor-schen', 'hart, ohne Mit-gefühl', 'früherer Name Sri Lankas', 'Atmo-sphäre, Ausstrah-lung', 'kleine Ansied-lung', 'frühere schwed. Pop-gruppe', 'Islam. Glaubens-buch', 'anfäng-lich', 'behut-sam, vor-sichtig', 'Zier-Stauden-pflanze', 'arabi-sches Fürsten-tum', 'Ostasiat', 'Sinnbild des christ-lichen Glaubens', 'orient. Reis-brannt-wein', 'nord-atrika-nischer Staat', 'über-menschliches Wesen', 'besitz-anzi-gendes Fürwort', 'Kfz-Zeichen Landau/Platz', 'ein Blut-gefäß', 'offizielle Erlaubnis, Geneh-migung', 'Bitte um Antwort', 'Garten-zier-pflanze', 'Tatkraft, Spann-kraft', 'Protest-kund-gebung (Kzw.)', 'Unhold der nord-ischen Sage', 'von Was-ser um-gebenes Land', 'stachelig', 'Albern-heit', 'Kost, Essen, Speise', 'sehr großer Mann', 'Rest im Glas', 'Land-karten-werk', 'leicht, dünn (Klei-dung)', 'z. Dienst auf einem Schiff an-werben', 'landwirt-schaft-liches Gerät', 'schmal; begrenzt', 'kurze Werbe-sendung (engl.)', 'Ge-schäfts-vermitt-ler', 'Verkehrsstöckung', 'ostfran-zösisches Grenz-land', 'Farb-, Arznei-grund-stoff', 'Pfeifen-tabak', 'Tier-lippe', 'ein-farbig', 'Oper von Verdi', 'Krach, lästiges Geräusch', 'Freund (spa-nisch)', 'höchster Teil der Karpaten', 'Berufs-verlei-nigung, Zunft', 'abwer-tend: Seil-schaft', 'austra-lischer Lauf-vogel', 'Himmels-richtung', 'bibli-scher Stamm-vater', 'regsam und wendig', 'schäd-licher, toxischer Stoff', 'franz-män-nlicher Artikel', 'neapoli-tanische Sagen-prinzessin', 'Elend, Notlage', 'Klatsch, Tratsch', 'gefähr-l. Kunst-stück (Film)', 'ägypti-sche Baum-wolle', 'jedoch, hinge-gen', 'ohne Inhalt'.

Magisch: 1. Palette, 2. delikat, 3. Stramin

6. Schuss, 7. Strumpf - Studium, 3. Schutz, 4. Schaden, 5. Schimmel, z. Dienst auf einem Schiff an-werben

Small crossword puzzle grid with clues: 'ZNE', 'SELTENHEIT', 'F', 'U', 'SCHNITT', 'GROSS', 'UMWELT', 'DACH', 'APFEL', 'UEBER', 'KNIE', 'KNABE', 'MAL', 'BLECH', 'ERSATZ', 'PILZ', 'LINIE', 'HALTER'.

So ist's richtig: Kreuzworträtsel: 1. Muster, 2. Mutter, 3. Stramin

Schüttelrätsel

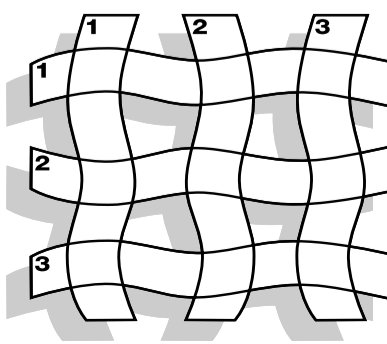
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Table for Schüttelrätsel with columns: EEHI LNST, CEHT, AEFLM DEER, INNOU EEIL AINR ERTZ, ACIPR, EIR, EEHN ST, ADLL OR, ENZ.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Hochschulausbildung.

Table for Mittelworträtsel with rows: 1. SCHNITT, KNABE; 2. GROSS, MAL; 3. UMWELT, BLECH; 4. DACH, ERSATZ; 5. APFEL, PILZ; 6. UEBER, LINIE; 7. KNIE, HALTER.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Farbenmischbrett
2 wohlschmeckend
3 Gittergewebe für Kreuzstickerei

Die alte Angst

Kriegskinder und Nachkriegskinder leiden unter dem Trauma ihrer Eltern und Großeltern

Ob bewußt oder unbewußt, Kriegserlebnisse prägen das Verhalten der Betroffenen. Doch dadurch erschweren sie manchmal nicht nur sich, sondern auch nachfolgenden Generationen das Leben.

„Die Sirenen heulen, und ich renne in panischer Angst los, um Mutters gepackte Tasche zu holen, aber ich kann sie einfach nicht finden und weiß, ich muß in den Keller, sonst ist es aus mit mir, die lassen mich dann nicht mehr rein. Ich renne die Treppe runter, und da sind auch schon die Flugzeuge zu hören. Ich wache mit Herzrasen auf und bin ganz verwirrt.“ Die junge Frau, die Gertrud Ennulat, der Autorin von „Kriegskinder – Wie die Wunden der Vergangenheit heilen“, ihren Traum schilderte, hat den Krieg nie erlebt. Es sind die plastischen Schilderungen der Kindheitserinnerungen ihrer Großmutter, welche die junge Frau der Gegenwart nicht mehr losgelassen haben, so daß sie sogar davon träumt.

Noch heute, 64 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, ist der Krieg durchaus noch im Bewußtsein vieler Menschen vorhanden. Und er hat nicht nur jene geprägt, die ihn erlebt haben. Auch ihre Kinder und Enkelkinder wurden mit den Folgen des Krieges auf das Verhalten ihrer Verwandten konfrontiert. Dies geschah selten so direkt wie bei der jungen Frau mit den Albträumen, viel häufiger haben die Zeugen des Krieges sich aufgrund ihrer dort gemachten Erlebnisse gewisse Verhaltensweisen angeeignet, die auch ihre Nachkommen prägen.

Während heutzutage Menschen mit traumatischen Erlebnissen jahrelang in Therapie sind, um das Erlebte anzusprechen und zu verarbeiten, mußten vor allem jene

Menschen, die im Krieg noch Kinder waren, erleben, daß niemand mit ihnen über das Erlebte sprechen wollte, geschweige denn ihnen erklärte, was sie da eigentlich erlebt hatten.

Gertrud Ennulat, die im November 2008 nach langer Krankheit verstarb, ist selbst mitten im Krieg geboren. Als sie 1941 das Licht der Welt erblickte, wurde ihr sofort deutlich: „Reiß dich zusammen!“



Auf der Flucht: Kinder werden mit dem Unbegreiflichen konfrontiert, das selbst Erwachsene nicht bewältigen können. Die ARD beschäftigte sich kürzlich mit dem Thema „Kriegskinder“. Bild: ARD

Schon als Kleinkind lernte ihre Generation, daß eigene Bedürfnisse unterdrückt werden müssen. Selbst Grundbedürfnisse wie Essen, Trinken, Schlaf oder Toilettengänge waren im Stunden im Luftschutzbunker oder auf der

Flucht schon von Kleinkindern zu bekämpfen. So wurden auch die eigenen Gefühle zugunsten des Überlebenswillens unterdrückt – doch nicht für immer.

„Bei meinen Gesprächen tauchte mehr als einmal die spätere Psychose eines Familienmitgliedes auf. Der Krieg war also nicht zu Ende, denn er inszenierte sich manchmal wieder in Form psychischer Erkrankungen. Die gewalti-

nisse aus Kriegstagen noch heute bewegen. Doch wie soll eine heute über 80jährige ihren gegen Kriegsende geborenen Kindern erklären, daß sie sich 1945 nach mehrfacher Vergewaltigung eine Krankheit zugezogen hat, wegen der sie aus Angst vor Ansteckung ihrer Kleinen diese nicht mehr berührt hat? Die Kinder hingegen haben nur gemerkt, daß ihre Mutter sie nicht mehr in den Arm genommen hat,

einige dieser Kinder unfähig, später ihren eigenen Kindern gegenüber zärtlich zu sein ... und so wurde ein Kriegstrauma in die nächste Generation weitergegeben, obwohl keine der beteiligten Personen sich bewußt war, warum sie sich so verhielten.

Manch andere Nachkriegskinder leiden darunter, daß ihre Eltern und Großeltern zu viel und absolut unreflektiert vom Krieg erzählen. Doch eine Einordnung des Erlebten sei notwendig, um es zu verarbeiten, so Ennulat.

„Ich war beim Speicher-Aufräumen ... In dem Durcheinander tauchte plötzlich eine Erinnerung auf: Meine Mutter und ich stehen in der Wohnung in Schlesien. Mutter muß entscheiden, was wir mitnehmen. Die Front kam ja immer näher. Das Schlimmste war, daß meine Mutter weinte, aber ich wußte nicht, was los ist, sie sagte ja nichts, und ich traute mich nicht zu fragen. Die Koffer und der Rucksack, das Bettzeug – ich hatte keine Vorstellung, was auf uns zukommt.“ Immer wieder traf Gertrud Ennulat bei ihren Recherchen auf Menschen, die erst im Alter plötzlich von Erinnerungen regelrecht überfallen werden. Die alte Angst, welche die Menschen als Kinder spürten, ist mit einem Mal genauso gegenwärtig wie die Bilder vor dem inneren Auge. Doch das Vergessene einfach wieder zu verdrängen, sei nicht effektiv, so die Autorin. Nur wer das Kriegskind in sich bewußt aus seinem Schattendasein befreie, könne letztlich auch mit ihm gut leben.

Rebecca Bellano

Gertrud Ennulat: „Kriegskinder – Wie die Wunden der Vergangenheit heilen“, Klett Cotta, Stuttgart 2008, broschiert, 204 Seiten, 16,90 Euro

Wo auch schon der Schah von Persien übernachtete

Das »Atlantic« in Hamburg feiert 100. Geburtstag – Ein Grandhotel im Wandel der Zeiten

Wenn diese Wände reden könnten, was hätten sie alles zu erzählen ...? Das fragt sich so mancher Gast, der die Empfangshalle des Atlantic Hotels Kempinski in Hamburg betritt. Die im Raum verteilten Sitzgruppen laden zum Verweilen ein, werden von Hotelgästen wie Hamburgern gern genutzt, um im Flair eines historischen Grandhotels bei Kaffee, Tee oder einem Drink zu plaudern. Dabei hat der Gast die Qual der Wahl: Der Drehtür zugewandt sitzend, verfolgt er das Kommen und Gehen, das Leben in der Hotelhalle. Zugleich aber hat er ein schlechtes Gewissen: Wendet er doch seiner Majestät Kaiser Wilhelm II., dessen Bild die Wand über dem Kamin ziert, den Rücken zu! Zur Eröffnung des Atlantic

1918 wurde das Bild zugemauert

Hotels am 2. Mai 1909 war das lebensgroße, auf blaue Majolika-Kacheln aus Cadinen gemalte Kaiserbildnis angebracht worden. Nach Ende des Kaiserreiches wurde das Bild 1918 zugemauert und darüber ein Steuerrad gehängt als Symbol für die maritime Verbundenheit des Hauses. Erst 1979, im Zuge umfangreicher Restaurierungsmaßnahmen, wurde der Kaiser entdeckt, „freigelegt“ und 1984 zum 75jährigen Jubiläum des Hotels wieder ausgestellt. Seitdem gilt das Bild ebenso wie die Weltkugel mit den beiden Karyatiden auf dem Dach als Wahrzeichen des Hauses.

Nur knapp zwei Jahre lagen zwischen dem ersten Spatenstich und

der Hotelöffnung. 14 Millionen Goldmark waren in das aufsehenerregende Projekt investiert worden, dessen Größe und Pracht alle anderen Hotels der Stadt weit in den Schatten stellte. Als „Gründervater“ hatte der Hamburger Unternehmer Adolf C. Eberbach den Anstoß für ein Grandhotel an der Außenalster gegeben, konnte jedoch die finanziellen Mittel allein nicht aufbringen und sah sich gezwungen, kurz vor Fertigstellung an die Berliner Gesellschaft Kaiserhof-Hotel AG zu verkaufen.

Zur feierlichen Einweihungsgala erschien zwar nicht der Kaiser, dafür Bernhard Fürst von Bülow als sein Gesandter. Die Freie und Hanse-

stadt Hamburg war durch ihren Ersten Bürgermeister Dr. Johann Heinrich Burchard vertreten. Zu den Ehrengästen zählte auch Albert Ballin, der die Hapag-Reederei an die Weltspitze geführt hatte. Ihm war es zu verdanken, daß das neue Hotel bereits am ersten Freitag nach Eröffnung voll belegt war. Ein Dampfschiff der Hamburg-Amerika-Linie und eines der Hamburg-Süd, die zeitgleich auslaufen sollten, brachten dem Atlantic auf einen Schlag 240 Gäste. Beide Reedereien schenken es von da an zu einem schönen Brauch, ihr erste Klasse-Passagiere zur Einstim-

mung auf die Reisen über den Nord- und Südatlantik in dem „weißen Schloß an der Außenalster“ einzuquartieren, um ihnen einen Auftakt nach Maß in der attraktivsten deutschen Hafenstadt zu bieten.

Dann kam die „Imperator“: Mit dem gigantischen, 52117 BRT großen Passagierdampfer stellte Ballin den damals größten und schnellsten Transatlantik-Liner in Dienst, dessen Name eng mit dem des Hotels verbunden ist. Beide, das Grandhotel und der vom Kaiser

geistes. Mit dem Ende des Kaiserreiches war damit Schluß: Während die „Imperator“ als Reparationsleistung an die Engländer ging, wurde das Hotel 1919 an ein Konsortium um den Stinnes-Konzern verkauft und mußte sich neue Gästekreise erschließen. Dazu gehörten die Bühnen- und Filmstars der 20er und 30er Jahre wie Emil Jannings, Willy Birgel, Lil Dagover und der unvergessene Hans Albers, dessen Wiege um die Ecke in der Langen Reihe gestanden hatte und der häufiger und

Mitte der 30er Jahre mit seinem Bruder im „Atlantic“. Dennoch waren die Zeiten schwierig; auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1932 war der Besuch solventer Gäste so rar geworden, daß die laufenden Kosten nicht mehr zu decken waren und das Hotel vor dem Kollaps stand.

Daß es so weit nicht kam, ist zwei Persönlichkeiten zu verdanken: Hugo Stinnes, der die Fehlbrüche mit Gewinnen aus seinen anderen Unternehmen ausglich, und dem genialen Hoteldirektor Oskar H. Geyer, der das Haus 1932 auf dem Tiefpunkt übernahm, es zu neuen Höhen führte und mit viel diplomatischem Geschick durch die Zeiten des NS-Regimes steuerte. Über den „Führerbesuch“ im Februar 1939 anlässlich des Stapellaufs des Schlachtschiffes „Bismarck“ bei Blohm & Voss berichtet Geyer ausführlich in seinen Memoiren und zeigt sich dabei als ebenso scharfer wie kritisch-entlarvender Beobachter.

Bis 1964 stand Geyer erfolgreich an der Spitze des „Atlantic“. Nach dem Krieg sowie fünf Jahren Beschlagnahme durch die englische Besatzung, die das Haus als Offizierswohnheim nutzte, erfolgte 1950 die offizielle Freigabe. In Windeseile arbeitete sich das Hotel wieder

nach oben, wie die Liste der prominenten Gäste aus Politik und Wirtschaft, Film und Showgeschäft dokumentiert. Den Beginn machten 1953 Bundespräsident Theodor Heuss und Reeder Aristoteles Onassis, 1955 der Schah von Persien mit Kaiserin Soraya. Es folgten Berühmtheiten wie die Primadonna Maria Callas, Filmdiva Liz Taylor oder der „King of Pop“ Michael Jackson. Sie und viele andere erwählten für die Zeit ihrer Staatsbesuche, Auftritte oder Dreharbeiten das Hotel Atlantic zu ihrem Domizil.

Und daran hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn es in jüngster Zeit die eine oder andere Negativschlagzeile gab: Etwa die, daß das seit 1986 unter Kempinski-Flagge segelnde Haus mit den anstehenden Renovierungsmaßnahmen nicht rechtzeitig zum 100. Jubiläum fertig werde und daß es für die Dauer der Bauarbeiten seine fünf Sterne abgelegt habe. Alles richtig und wahr – aber läßt sich eine ehrwürdige alte Dame durch derlei Widrigkeiten davon abbringen, in Würde ihren 100. Geburtstag zu feiern? Vielleicht nicht so pompös wie einst die Eröffnung, aber ganz gewiß mit Stil!

Und wer wie sie 100 Jahre lang die Stürme der Geschichte überlebt hat, wird auch die Prozedur einer weiteren Schönheitsoperation ertragen und gelassen wiederbringen, in Würde ihren 100. Geburtstag zu feiern. Vielleicht nicht so pompös wie einst die Eröffnung, aber ganz gewiß mit Stil!

Viel Prominenz gibt sich die Ehre



Hotel Atlantic: Kaiser Wilhelm II. wacht über allem.

Bild: Fischer

persönlich im Mai 1912 getaufte schwimmende Palast, richteten sich nicht nur an dieselbe Zielgruppe, sie waren Ausdruck ein und desselben auf Luxus und Prachtentfaltung gerichteten Zeit-

gern gesehener Gast im Hause war. 1935 veranstaltete die Reichsfachschaft Film ihren ersten offiziellen Filmball im „Atlantic“. Auch der Prince of Wales und spätere englische König Edward VIII. logierte

Angelika Fischer

MELDUNGEN

Gleichaltrig
in Rente

Berlin – Trotz sehr unterschiedlicher Lebenserwartungen gehen Frauen und Männer in Deutschland im Durchschnitt beinahe im selben Alter in Rente. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung treten Frauen im Schnitt mit 63,3, Männer mit 63,1 Jahren in den Ruhestand. Frauen erreichen durchschnittlich jedoch ein um etwa vier bis fünf Jahre höheres Lebensalter als Männer. *H.H.*

Hinrichtung zum
18. Geburtstag

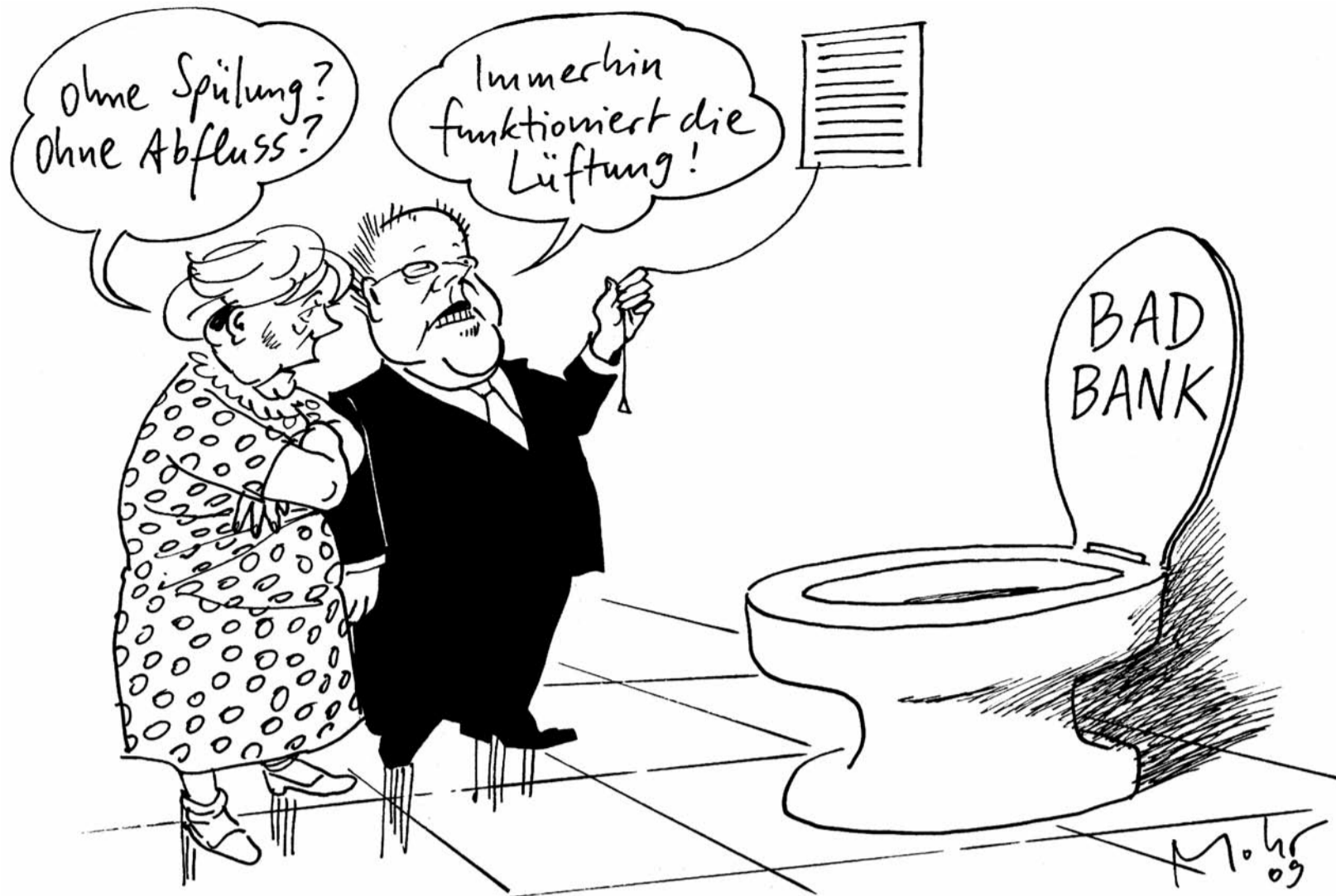
Riad – Die Nationale Menschenrechtsorganisation von Saudi-Arabien will erreichen, daß in dem Land keine Minderjährigen mehr hingerichtet werden. Ziel der Initiative ist es jedoch nicht, daß die Hinrichtungen ganz unterbleiben. Sie sollen lediglich solange aufgeschoben werden, bis der Delinquent 18 Jahre alt ist. Bis dahin könne noch versucht werden, die Familien der Opfer zu einem Verzicht auf das Todesurteil zu bewegen. In Saudi-Arabien werden Männer mit dem Schwert enthauptet und Frauen erschossen. *PAZ*

ZUR PERSON

Engagiert aus
Überzeugung

Abtreibungsärzte dürften bestenfalls entnervt auf sie reagieren, so mancher wird **Maria Grundberger** jedoch gar zu einer der größten Plagen in seinem Leben zählen, denn die 27jährige macht ihnen die Kundinnen abspenstig. Nicht nur vor der Tür der Kliniken und Praxen in Form von sogenannter Gehsteigerberatung spricht sie die Frauen direkt an, auch in Beratungskursen in den Kliniken oder per Telefonberatung kämpft die Hebamme um jedes ungeborene Kind. Vier bis acht Stunden pro Woche ist die Katholikin in München bei der Gehsteigerberatung, je nachdem, wie der Terminkalender der selbständigen Hebamme es zuläßt. Ihren zweieinhalbjährigen Sohn läßt sie dann in der Obhut einer Tagesmutter. Seit 2000 engagiert sich Maria Grundberger im Kampf gegen Abtreibungen. Ein abgetriebenes Kind, das ihr während ihrer Ausbildung zur Geburtshelferin von einem Arzt in die Hände gedrückt wurde, war der Auslöser.

Inzwischen wurde sogar ein Film über sie gedreht. „Maria und ihre Kinder“ heißt die 46minütige Dokumentation. Beschimpfungen sind für die bei der „Aktion Lebensrecht für Alle e.V.“ Tätige Alltag. Die Frauen, die sie von einer Abtreibung abbringen will, „sind bunt, wie wenn man in die Fußgängerzone geht“, so Grundberger. Bei weitem nicht jede läßt sich ansprechen, geschweige denn überzeugen, doch immer wieder gibt es Erfolgsergebnisse. Letztens bat sie ein Ingenieur um Hilfe, da seine Freundin abtreiben wolle. Nach nur acht Monaten Beziehung wisse diese nicht, ob er der richtige Mann für sie sei. Grundberger fuhr vier Stunden mit der Bahn zu seiner Freundin. Als diese nach drei Stunden Gespräch fragte, was sie denn bei einer Schwangerschaft essen dürfe, wußte die Hebamme, daß sie wieder ein Leben gerettet hatte. *Bel*



Notdurft

Zeichnung: Mohr

Frusträllern

Wann endlich die Unruhen anfangen, wie die Linken um ihre Beute betrogen werden, und wie die Rente unter die Politiker fiel / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wann knallt's denn endlich? Der 1. Mai zählt nicht. Da toben sich wie gewohnt diese deprimierenden Straßekriminellen aus, die jede Gelegenheit nutzen, unter dem Vorwand politischer Ziele die Saure rauszulassen. Ihre Parolen sind meist altbekannt, teils werden sie modisch angepaßt. Der Spruch „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ist längst zum Straßenfeger der laufenden Spielzeit aufgestiegen. Nur ist nicht recht nachvollziehbar, was die 18jährigen Stütze-Schnorrer vom „schwarzen Block“ eigentlich damit meinen, „wir zahlen“.

Vor den Krawall haben am Nachmittag regelmäßig die trillerpfeifenden DGB-Busladungen ihren Mai-Auftritt, für die Michael Sommer die Büttenrede hält. Diese harmlosen Leuten hatte der Gewerkschaftsboß aber wohl kaum im Blick, als er „soziale Unruhen“ androhte. Unruhen sehen anders aus, wie der Blick in die Geschichte zeigt. Von so etwas ist weit und breit nichts zu sehen, was Sommer in schwere Enttäuschung versetzt. Die Worte des DGB-Chefs hatten beinahe etwas Flehendes: Nun beunruhigt euch doch endlich!

Gesine Schwan hatte etwas anderes im Sinn. Sie wollte sich mit ihren Visionen von „Wut“ und „Explosion“ vermutlich nur wichtig machen, um in den Orden der „Mahner und Warner“ aufgenommen zu werden, „die schon frühzeitig ...“. Ging leider in die Hose: Außer Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Christian Wulff, der Frau Schwan „nachdenklich“ findet, hat die Kandidatin niemand Prominentes unterstützt.

Man könnte also zur Tagesordnung übergehen. „Man“ schon, Oskar Lafontaine nicht. Der muß, als Linksaußen, irgendetwas finden, um die Sozis links zu überholen, und fand die Forderung nach einem „Generalstreik“. So wie damals anno 1921 beim Kapp-Putsch oder ähnlich? Weiß er selber nicht. Ihm fiel nur nichts Dramatischeres ein, nachdem andere ihm die „Unruhen“ und „Explosionen“ vor der Nase weggeschnappt hatte.

FDP und der knappen, aber seit Wochen immer wieder bestätigten Mehrheit von Schwarz-Gelb bei den Sonntagsfragen. Nordrhein-Westfalens Linke-Chef Andrej Hunko packt die Angst, es könnte wieder nichts werden mit der Revolution: „Nichts wäre angesichts der tiefsten Krise des Kapitalismus mehr zu befürchten als soziale Friedhofsruhe“, barmt der Dunkelrote. Hinter diesen Worten glimmt die Besorgnis, daß der Kapitalismus, zumal in seiner sozial abgepufferten deutschen Art, auch diese Krise wieder hinter sich bringt, statt endlich dem nächsten Realsozialismus Platz zu machen, mit Hunko als Obermütz

Die Sehnsucht der rechten wie linken Ultras nach den 20er Jahren bleibt unstillbar. Für die einen, weil danach ihre „Machtergreifung“ folgte, für die anderen, weil sie hoffen, diesmal die Glücklichen zu sein. Diese 20er und frühen 30er hatten ja auch was: So viele Hoffnungslose, soviel Bereitschaft, sich ins „Kollektiv“ einzureihen und dem Genossen Funktionär bis in den Tod, na ja, zumindest bis in die nächste Straßenschlacht zu folgen. Nie konnten sich extremistische Parteichargen bedeutsamer vorkommen als in den paar hastigen Jahren, abgesehen von den beiden folgenden Diktaturen, versteht sich.

Und heute? Es ist ein Jammer. Wie tief wir drinstecken, illustriert eine Meldung aus Hamburg. Dort werden, mit vollem Ernst, Sänger für einen „Beschwerdechor“ gesucht. „Leute, die sich öffentlich Ärgern und Frust von der Seele singen wollen“, heißt es in der „Abendblatt“-Meldung, sollen sich am 7. Mai in einem stadtbekanntem Veranstaltungszentrum einfinden. Zwei Künstler wollen dort das Projekt starten.

Soweit ist es gekommen. Oskar Lafontaine redet verzweifelt den Generalstreik herbei, Michael Sommer düstert nach „Unruhen“ – doch was machen diese satu-

rierten Schickis von der zartlinken Basis? Sie gehen frustrellern und nennen das „Kunst“! Du grüne Neune!

Wen überrascht es da, daß trotz der „tiefsten Krise des Kapitalismus“ die sozialistische Revolution den Hintern nicht hoch damit zu tun, daß sich das vorrevolutionäre, also das heutige Deutschland schon reichlich sozialistische Liebhabereien zueigen gemacht hat. Neben Steuererhöhungen gehört dazu das Verschenken von Sachen, die man gar nicht hat.

Wie ein Blitz war die Meldung eingeschlagen, daß im nächsten Jahr eine nominale Rentenkürzung ansteht, weil wegen der vielen Kurzarbeiter der Durchschnittslohn 2009 spürbar sinken dürfte. So eine Nachricht wenige

Monate vor der Bundestagswahl! Arbeitsminister Olaf Scholz von der SPD heulte auf: Es werde natürlich keine Rentenkürzung geben, weder im nächsten Jahr noch sonst irgendwann. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla war etwas vorsichtiger: „Wir wollen keine Rentenkürzungen für 2010“, nuschelte Merkels Adjutant in seinem breiigen Deutsch. „Wollen“, aha. Das kann auch heißen: Wir wollen zwar nicht, können aber womöglich nicht anders.

Pofallas Vorsicht ist taktisch ziemlich unklug, die könnten ihm die Sozen leicht um die Ohren hauen. Der CDU-General lege sich nicht fest und halte sich ein Hintertürchen offen, um den Rentnern doch noch ans Bare zu gehen, könnten sie behaupten.

Scholz hingegen ist auf der sicheren Seite. Die Frage der Finanzierung weiterer Erhöhungen spielt keine Rolle. Wenn zuwenig Geld da sein sollte, erhöhen wir eben die Rentenbeiträge, oder die Verschuldung oder wir drucken einfach mehr Geld. Der Widerstand gegen Gelddrucken wird selbst in der Führung der Europäischen Zentralbank von Tag zu Tag schwächer, bald kann es losgehen.

Theoretisch könnten wir solange drucken und erhöhen, bis sich die Ruheständler ihr Geld mit der Schubkarre abholen müssen. Auf die Karre sollten dann sie aber gut achtgeben. Sie wird weit mehr wert sein als ihr bunter Inhalt.

Ja, ist ja gut: keine Panikmache hier! War ja auch nur theoretisch gemeint, praktisch wird es kaum soweit kommen. In der Praxis wird die Politik stattdessen einen fein abgeschmeckten Mix aus Beitrags- und Steuererhöhungen, höheren Schulden und einer Ladung Inflation wählen. Es ist klüger, wenn man an allen Seiten gleichzeitig aus dem Leim geht statt nur an einer Stelle. Auf diese Weise wird die Deformation viel später sichtbar, vielleicht sogar erst kurz bevor man platzt.

Die Politik hat jedenfalls Grund zum Feiern: Mit der zweimaligen Aushebelung des „Riester-Faktors“ 2008 und 2009 und nun noch der Manipulation der Rentenformel hat sie die Festung Gesetzliche Rente endlich gestürmt. Dieses Bollwerk war schon seit langem ein Quell des Ärgers. Mit Steuern und anderen Abgaben konnte man Politik machen, die einen ködern, die anderen plündern, und als großmächtiger Verteiler seinen Einfluß in alle Lebensbereiche ausdehnen.

Nur die Rente, die hatte diese eherne Formel, ebenso schlicht wie erbarmungslos und vor allem: unveränderlich. Das ist nun überstanden. Mit Rente kann ab sofort hemmungslos Politik gemacht werden.

Für die Rentner schafft dieser Erfolg eine völlig neuartige Form von Planungssicherheit. Es empfiehlt sich künftig, größere Anschaffungen auf Bundestagswahljahre zu legen, dann gibt's bestimmt immer etwas extra. Dabei aber nicht übermütig werden! Für die zwei, vielleicht drei Jahre danach ist mit politisaisonalen Einbußen zu rechnen, weshalb man sich immer ein paar Euros von dem Wahlkampf-Bakschisch zurücklegen sollte.

Die Furcht der Parteienprominenz vor dem Wahlvolk scheint nur noch übertroffen zu werden von ihrem Vertrauen auf unsere Dummheit. Kein Grund zu Revolte, aber ein bißchen unruhig kann das schon machen.

ZITATE

Der erfolgreiche US-Autor **Malcolm Gladwell** meint im „Tagesspiegel“ (26. April), daß sein Land mehr durchmacht als allein eine schwere Wirtschaftskrise. Er glaubt an einen **Mentalitätswandel**:

„Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte. Viele Amerikaner sind bereit, ihre Mythen und Überzeugungen zu überdenken. Momentan herrscht große Ernüchterung. Gerade sind einige US-Banken quasi verstaatlicht worden. Noch vor einem Jahr hätte die Mehrheit der Amerikaner nicht geglaubt, daß das eine gute Idee, geschweige denn überhaupt möglich sei.“

Der amerikanische Ökonomie-Nobelpreisträger **Joseph Eugene Stiglitz** prophezeit das **Ende der globalen Vorherrschaft des US-Dollar** infolge der Finanzkrise:

„Einige Länder haben sich völlig vom US-Dollar verabschiedet. Wie man es dreht und wendet, der Dollar hat seinen Status als einzige Reservewährung verloren, und rund über den Erdball wird über ... einen Korb von Währungen, mit denen Wert aufbewahrt werden kann, als Alternative zum Dollar diskutiert. Im Grunde zeigt die Dynamik ... den Aufstieg der nichtamerikanischen Welt, allen voran Chinas.“

Wie **ernst die Lage** in seinem Land ist, davon gab **Weiße-Rußlands Präsident Alexander Lukaschenko** am 23. April vor dem Parlament in Minsk einen Eindruck:

„Vielleicht ist es nötig, daß alle zusammenarbeiten, ohne zu essen, ohne zu schlafen, um unsere Industrie zu erhalten.“

Der **Betriebsratschef von Opel, Rainer Eienkel**, spricht sich im „Hamburger Abendblatt“ (28. April) entschieden gegen einen **Einstieg von Fiat bei Opel** aus und kommentiert die **Avancen der Italiener für Chrysler**:

„Als bis vor vier Jahren GM (die Opel-Mutter General Motors) und Fiat kooperierten, hatten sich bereits zwei Fußkranke zusammengesetzt. Mit Chrysler wäre eine solche Konstellation noch krasser, dann würden sich Pleitegeier zusammenschließen. Das bestärkt uns in unserer Forderung, mit Opel einen eigenen Weg zu gehen.“

Ohne Reeder
keine Heuer

In Tresoren liegen Leichen, es zerbröckelt das Gemäuer, überall sind Krisenzeichen, und wir merken, das wird teuer.

Doch es ist zum Steinerweichen: Prompt erhebt ein Ungeheuer, welchem nie die Steuern reichen, seinen Ruf nach Reichensteuer!

Wer wird die jedoch begleichen? Wenn man nämlich übersteuert, dann verscheucht man bloß die Reichen, und das ist erst recht bescheuert.

Gleiche werden zwar noch gleicher, aber solche Abenteuer machen keinen Armen reicher – ohne Reeder keine Heuer...